

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinhilber, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2. Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Die Reichsfinanzreform.

Am 4. November tritt der Reichstag wieder zusammen, und eine seiner ersten Aufgaben wird es sein, zur Finanzreform Stellung zu nehmen. Das Reich braucht Geld, viel Geld sogar, und das ganze Sinnen unserer sogenannten Staatsmänner ist darauf gerichtet, neue Steuerquellen ausfindig zu machen, die ergiebig sind und dabei die besitzenden Klassen nach Möglichkeit schonen.

Mit der Stengelschen Steuerreform war es nicht. Die Ergebnisse der vom vorigen Staatssekretär ausgehenden Steuern sind weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben und haben, es sei nur an die berühmte Fahrkartensteuer erinnert, viel böses Blut gemacht. Der neue Staatssekretär Sydow will seine Aufgabe anders anfassen. Zwar sind seine Steuerprojekte keineswegs populär, aber er übertrifft durch die Kühnheit seiner Forderungen, hat er es doch unternommen, dem deutschen Volke die Kleinigkeit von 500 Millionen Mark neuer Steuern abzuwinden. Ueber die Stellen am Volkskörper, an welche er seine Schröpfköpfe ansetzen will, ist etwas Bestimmtes noch nicht bekannt; die Regierung will durch Ueberraschung wirken und ihre Pläne erst unmittelbar vor deren Beratung im Reichstag bekanntmachen. Aber so ganz im geheimen läßt sich ein so ungeheurer Beutezug doch nicht organisieren; von den Steuerprojekten ist so mancherlei durchgesickert, und zum Ueberflus hat auch der Staatssekretär Sydow selbst in einem Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Grundlinien für sein Steuerprogramm veröffentlicht. Es ist also reichlich Stoff für die Diskussion vorhanden, die zurzeit in ausgiebigster Weise in der Tagespresse gepflogen wird.

In dem erwähnten Artikel feht der Staatssekretär auseinander, daß es nötig sein werde, neben dem Verbrauchs auch den Besitz zur Steuerleistung heranzuziehen, er fügt aber gleich hinzu, daß er weder von einer Reichseinkommen- noch von einer Vermögenssteuer etwas wissen will. Die Besteuerung des Besitzes soll erfolgen in der Form des Ausbaues der in ihrer gegenwärtigen Gestalt wenig ergiebigen Erbschaftsteuer. Diese soll in eine Nachlasssteuer umgewandelt werden, die auch von Kindern und Ehegatten erhoben wird. Mit der Nachlasssteuer soll eine Wehrsteuer in der Weise verbunden werden, daß von dem Nachlass derjenigen Personen, die ihrer Wehrpflicht nicht genügt haben, ein Steuerzuschlag erhoben wird. Der Ertrag dieser mit einer Wehrsteuer verbundenen Nachlasssteuer wird auf etwa 80 Millionen geschätzt. Das wäre die einzige Last, die in dem neuen Steuerprogramm den Besitzenden auferlegt wird. Daß sie aber überhaupt zu einer Steuerleistung herangezogen werden sollen, geht jedoch unseren „Patrioten“ durchaus wider den Strich. Sie halten es für selbstverständlich, daß alle Forderungen der Regierung für Militär- und Marinezwecke, die ja in der Hauptsache die große Ebbe in der Reichskasse verursacht haben, mit Hurra bewilligt werden, aber wenn es ans Zahlen geht, da finden sie es angemessen, sich zu drücken und die Begleichung der Bede den Besitzlosen zu überlassen.

Eine Nachlasssteuer ist den steuerscheuen, besitzenden Klassen besonders unangenehm. Dieselben Kreise, die großen Wert darauf legen, daß zu der Einkommensteuer in den Einzelstaaten die Arbeiter mit der vollen Höhe ihres Einkommens herangezogen werden und zu dem Zweck Vorkehrungen getroffen haben, damit nicht der geringste Teil des Einkommens unbesteuert bleibt, sofern es von Arbeitern bezogen wird, dieselben Kreise betrachten es als ein selbstverständliches Vorrecht des Besitzes, den Staat nach Kräften zu betrügen. Schon jetzt hört man hin und wieder beim Tode einer im Gerüche besonderer Rechlichkeit gestandenen Staatsstube, daß sie den Staat durch Steuerhinterziehung um viele Tausende betrogen hat. Der Skandal wäre aber noch viel größer, wenn infolge Bestehens einer Nachlasssteuer der Fiskus bei jedem Sterbefall ein Interesse an der Feststellung der Höhe der Hinterlassenschaft hätte. Eine solche Nachprüfung der Ehrlichkeit der Besitzenden haben alle bürgerlichen Parteien Ursache zu scheuen, und so findet man eine merkwürdige Uebereinstimmung in der Ablehnung der Nachlasssteuer bei allen bürgerlichen Parteien, von den Konservativen bis zu den Freisinnigen.

Merkwürdigerweise war es die hochkonservative „Neuzeitung“, welche den Vorschlag machte, an Stelle der Nachlasssteuer eine Vermögenssteuer einzuführen. Dieser Vorschlag war um so merkwürdiger, als die konservativen Junker bisher jede gerechte Besteuerung der Besitzenden auf das entschiedenste bekämpft haben. Das Organ der Junker und Ruder gab aber bald eine Erklärung für seine

auffällige Liebe zur Vermögenssteuer. Nicht das Reich soll diese einzuleben, sondern die Erhebung soll Sache der Einzelstaaten sein, denen die Verpflichtung aufzuerlegen wäre, den auf sie entfallenden Betrag an die Reichskasse abzuführen. Die reaktionären Mehrheiten in den meisten Landesparlamenten würden dann schon eine Sicherheit dafür bieten, daß durch die betreffenden Steuergesetze die Besitzenden nicht zu schwer belastet werden. Einstweilen winkt die Regierung diesen Vorschlag noch energisch ab, wenn aber der Block der Besitzenden im Reichstag auf die Schonung der tragfähigen Schultern beharrt, wird sie sich auf die Dauer nicht ablehnend verhalten.

Nun ist der hier in Frage kommende Steuerertrag nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Summe, welche durch neue Steuern aufgebracht werden soll, aber er betrifft eine Sondersteuer für die Reichen und Wohlhabenden, und deshalb bringt die bürgerliche Presse der Frage, ob Nachlass- oder Vermögenssteuer ein so großes Interesse entgegen, daß demgegenüber die anderen Steuerprojekte der Regierung ganz und gar zurücktreten. Aber gerade diese Pläne sind für die große Masse des Volkes von höchster Bedeutung. Nach den bisherigen Verlautbarungen, die aber der Mehrheit ziemlich nahe kommen dürften, handelt es sich um eine Reform der Matrikularbeiträge, d. h. der Summen, welche die Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung an das Reich abzuliefern haben. Bisher betragen die Matrikularbeiträge 40 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung, durch die Reform soll der Betrag auf das Doppelte erhöht werden. Dann folgt eine Steuer auf Flaschenweine, die 30 Millionen Mark bringen soll. Ist an dieser Steuer die Arbeiterschaft als Konsument verhältnismäßig wenig interessiert, dann um so mehr an der Biersteuer, die 100 Millionen Mark bringen soll, und an der Zigarettensteuer, deren Ertrag auf 80 Millionen Mark veranschlagt ist.

Ganz besonders ist es die letztgenannte Steuer, die zu schärfstem Widerspruch herausfordert. Sie ist geeignet, eine schwere Krise für die Tabakindustrie herbeizuführen. Die Industriellen werden wenig Neigung zeigen, die Steuer aus der eigenen Tasche zu zahlen, sie werden sie abwälzen, zum Teil auf die Konsumenten, zum Teil auf die Arbeiter. Den Tabakarbeitern stehen also schlimme Tage bevor. Seither schon werden sie jämmerlich schlecht entlohnt, sie müssen aber nun damit rechnen, daß versucht werden wird, ihre geringen Löhne noch mehr zu kürzen. Und nicht allein das. Die Preissteigerung des Produkts wirkt einschränkend auf den Konsum, und so ist bei der weiteren Erhöhung der Tabaksteuer auf eine Einschränkung der Produktion mit einer weiteren Ausdehnung der Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern zu rechnen. Wenn diese jetzt eine lebhaftige Agitation gegen die Erhöhung der Tabaksteuer entfalten, so haben sie dazu alle Ursache. Leider kann man ihnen keine große Hoffnung auf Erfolg versprechen, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß der Tabak als Steuerobjekt in den maßgebenden Kreisen nichts an Beliebtheit eingebüßt hat.

Auch der Branntwein soll 100 Millionen Mark mehr abwerfen als bisher. Daß diese Steuer einen merklichen Rückgang des Schnapskonsums herbeiführen wird, darf billig bezweifelt werden. Das energische Anziehen der Steuerkränze in der Zeit der wirtschaftlichen Krise dürfte im Gegenteil der Ausbreitung der Branntweinpest höchst förderlich sein, trotz der eintretenden Erhöhung der Schnapspreise. Aus einer Inzeratensteuer hofft die Regierung 30 Millionen Mark zu ziehen, und eine Gas- und Elektrizitätssteuer soll zirka 80 Millionen Mark bringen.

Diese Gas- und Elektrizitätssteuer ist ein wahres Musterbeispiel dafür, mit welcher Unvernunft unsere Steuerfinder zu Werke gehen. Der „Vorwärts“, der mitunter in der Lage ist, amtliche Dokumente abzurufen, ehe sie im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden, ist auch in den Besitz des Entwurfs für das „Elektrizitäts- und Gassteuergesetz“ gelangt. Durch die Veröffentlichung dieses Besekentwurfes hat er sich den Dank weitester Volkstriebe verdient, denn erst jetzt erkennt man deutlich, wohin die Pläne der Regierung zielen, und damit ist die Möglichkeit gegeben, in eine planmäßige Abwehrbewegung einzutreten. Es ist eine ganz ungeheuerliche Belastung, die den modernen Beleuchtungs- und Kraftquellen zugebracht ist. Für elektrische Kraft und Gas soll 5 Proz. des Abgabepreises erhoben werden, d. h. des Preises, den der Verbraucher zu entrichten hat. Aber nicht genug damit, soll auch auf die Beleuchtungsmittel eine Steuer gelegt werden, die nicht weit hinter dem Detailverkaufspreis des betreffenden Gegenstandes zurückbleibt. So sollen die Glüh-

strümpfe für Gasglühlicht, die man im einzelnen für 18 bis 25 Pf. kauft, mit einer Steuer von 10 Pf. pro Stück belastet werden, ebenso soll jede gewöhnliche Glühbirne für elektrisches Licht 10 Pf. Steuer zahlen. Wenn es die Absicht der Regierung gewesen wäre, die wirtschaftliche Entwicklung zurückzuschrauben auf den Stand, wo der Kienspan das gewöhnliche Beleuchtungsmittel war, so hätte sie ihre Absicht nicht besser ausführen können als durch die Einbringung einer solchen Steuervorlage.

Das Schicksal des Sydowschen Steuerprojekts läßt sich im einzelnen nicht voraussagen, nur das ist sicher, daß der Reichstag gewaltige Steuersummen bewilligen wird. Es ist zwar viel die Rede von Sparfameit, die geübt werden müsse, und am Regierungstisch wird das Wort „Sparfameit“ besonders gern im Munde geführt, aber gerade dort ist man am allerwenigsten geneigt, die überflüssigen und zum Teil sogar gemeinschädlichen Ausgaben einzuschränken. Ueber diesen Gegenstand wird im Reichstag noch manches Wort gesagt werden. Eine wirkliche Besserung wird aber erst dann eintreten, wenn das deutsche Volk begriffen hat, daß es die Feinde des Gemeinwohls nicht mit seiner Vertretung beauftragen darf.

## Zur Vorgeschichte der deutschen Gewerkschaften.

IV.

(Schluß)

b. Im Jahre 1848 finden wir genau so wie im Augenblicke in Rußland das Bestreben aller Schichten der Gesellschaft, sofort nach Aufhören des Druckes und der absoluten Koalitionsverbote in Gemeinsamkeit ihre Interessen zu wahren. Es war ein Buchdruckergehilfe Stephan Born, der merkwürdigerweise als Professor der deutschen Literatur an der Universität Basel gestorben ist, der im Jahre 1848 den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation mit aller Lebhaftigkeit, nicht nur im Rahmen seines Berufes, eifrig betrieb. In dem gleichen Jahre waren es die Gehilfen des Buchdruckerwesens, die mit einem vollkommenen gewerkschaftlichen Programm auftraten, das eine vollständige Regelung des Gewerbes ins Auge faßte und selbst bis zum Erstreben von Tarifen mit genauer Regelung der Arbeitszeit, mit Festsetzung des Minimallohnes, mit dem Verbot der regelmäßigen Sokus-, Fest- und Nacharbeit, mit Bestimmungen über Lohnzahlungsfristen, über Ueberstundenauflage, Wartezeit usw. gedieh und zur Gründung von Gehilfenvereinen, Ueberstandskassen, Reiseunterstützungs-, Kranken-, Invaliden- und Witwenkassen und Schiedsgerichten führte. Diese interessante Bewegung der deutschen Buchdrucker aus dem Jahre 1848 vermag hier nicht weiter verfolgt zu werden, es sei nur darauf hingewiesen, daß die heute bestehende Buchdruckerorganisation auf diese Bestrebungen aus dem Jahre 1848 zurückzuführen ist, wie auch diese Bewegung des Revolutionsjahres nicht einfach aus sich selbst entstanden ist, sondern in früheren Organisationen der Buchdruckergehilfen ihre Wurzeln und ihren Ausgangspunkt hatte. Die Buchdruckergehilfen hatten besondere Bruderschaften, die von den Zünften überwacht wurden. Die Gesellenbruderschaft hatte unter Oberaufsicht der Zunft einen Arbeitsnachweis, denjenigen, der keine Arbeit fand, wurde im 17. Jahrhundert in Leipzig, dessen Verhältnis wir hier darstellen, von der Gesellenbruderschaft eine Wanderunterstützung zuteil, von der Bruderschaft erhielt man Unterstützung bei Krankheit, bei anderen Unglücksfällen, bei Alter und bei Arbeitsunfähigkeit.

Trotz kaiserlicher Verbote, trotz des Reichsbeschlusses vom 16. August 1781 für das heilig-römische Reich, der alle ohne Vorwissen der Obrigkeit stattfindenden Konventikel der Handwerker, das Aufstreben der Gesellen und eine Reihe anderer Handwerksmißbräuche verbietet, der den Gesellen das Recht der Führung des Bruderschaftsiegels und ihre alte Genossenschaftsgerichtsbarkeit entzieht, konnte man doch die Organisationen nicht aus der Welt schaffen. Die einzelnen Reichsstände brachten immer wieder den Reichsbeschlus von 1781 in Erinnerung. Wie die anderen deutschen Reichsstände derartige Verbote erließen, so auch Pommern, das im Jahre 1780 Generalanweisungskartell für Künstler, Professionisten und Handwerker herausgab.

Hier finden wir die alte Gesellenkasse zur Unterhaltung der Herberge, zur Verpflegung armer und kranker Gesellen und zum Messerpfennig der wegen mangelnder Arbeit weiter wandernder Gesellen nach wie vor in der Selbstverwaltung der Gesellen, aber unter der Oberaufsicht seines Meisters. Wir finden da aber auch neue Einrichtungen des Verbotes der „Gesellenbruderschaften,

Bruderschaftsiegel, schwarzen Tafel, des Schimpfens, Auf-treibens und aller anderen Gefellenmißbräuche". Es wird den Gefellen aller Briefwechsel mit allen anderen In-nungen und Handwerkern verboten. Briefe, die, an die Gefellen in corpore gerichtet, einlaufen, müßte von dem Altgefellen sofort unbrochen dem Innungsältesten und von diesem der Obrigkeit ausgeliefert werden. Gefellen-aufstände und Aufwiegler zu solchen werden nachdrücklich bestraft. Wie wenig dieses Verbot nützte, kann man aus dem königlich sächsischen Gesetz, die Abstellung ver-schiedener Innungsgebühren betreffend, vom 7. Dezember 1810 erkennen, das alle Gefellenladen, Bruderschaften oder Gefellenschaften, sowie deren Versammlungen aufs strengste verbietet, alle bisherigen Gefellenunterstützungs-laffen aufhebt und die Verwaltung einer Gefellenklasse den Meistern der Innung überträgt, die Herberge unter die Aufsicht der Innungen stellt, die alten Kundschaften ab-schaffen und an ihrer Stelle obrigkeitliche Zeugnisse einführt.

Das Bedürfnis nach öffentlicher Organisation äußerte sich sofort, als der Druck der Reaktion vermindert wurde. Wir finden 1863 in Leipzig eine Buchdruckerorganisation unter dem Namen „Fortbildungsverein für Buchdrucker“, wir wissen, daß zur gleichen Zeit Wilhelm Liebknecht unter den Buchdruckern Berlins Vorträge über die englischen Trades Unions hielt; es ist bekannt, daß schon 1866 die Buchdruckerorganisation, die wir heute besitzen, entstehen sollte, aber der Krieg von 1866 zwang Haertel, den Organisator der Buchdrucker, den Termin vom 1. Juli 1866 auf den 1. Januar 1867 zu verlegen. Die Wurzel hatte diese Gründung in einem bereits 1863 aufgetauchten Projekte, einen deutschen Buchdruckerkongress nach Leipzig zu berufen, der aber erst am 20. Mai 1866 zusammen-treten konnte. Diese Feststellungen sind von Wichtigkeit, weil sie beweisen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung auch in ihrer heutigen Form nicht auf die Ereignisse des Jahres 1868 allein zurückzuführen ist.

Noch etwas weiter als die heutige Buchdruckerorga-nisation geht die moderne Organisation der Tabakarbeiter zurück. Wir kennen Tabakarbeiterorganisationen schon aus früheren Jahrhunderten. Auch für die Tabakarbeiter wird es gelten, daß das Verbot und die Unterdrückung der Ge-fellenbruderschaften vom Jahre 1780 wirkungslos geblieben war wie auch das preussische Handwerkerpatent von 1782 wirkungslos geblieben ist. Wir finden ebenso wie bei den Buchdruckern auch bei den Tabakarbeitern im Jahre 1848 das Bestreben, eine zentrale Organisation über ganz Deutschland zu gründen, das gescheit wurde durch die Schaffung der Zigarrenarbeiterassoziation in Berlin, der sich auch die süddeutschen Städte angeschlossen haben. Ein zweiter Kongress dieser Assoziation wurde in Leipzig am 3. September und an den folgenden Tage des Jahres 1849 abgehalten, 77 Städte Deutschlands waren durch zwanzig Delegierte vertreten. Unter dem Druck der Reaktion gingen diese Organisationen zugrunde, ebenso die lokalen Vereine. Frißsche bemühte sich im Jahre 1858 in Leipzig für die gewerkschaftliche Organisation seiner Kollegen, der Tabakarbeiter, Stimmung zu machen, im Jahre 1863 gründete er in Leipzig einen Zigarrenarbeiter-Bildungs-verein und zu Weihnachten 1865 brachte er wieder in Leipzig einen Delegiertentag zustande, auf dem der Allgemeine deutsche Zigarrenarbeiterverein mit dem Sitz in Frankfurt a. M. und mit einem Organe der deutschen Zigarrenarbeiter, dem „Botschafter“, begründet wurde. So sehen wir Frißsche schon drei Jahre vor 1868 als Schöpfer gewerkschaftlicher Organisationen. Auch andere gewerkschaftliche Organisationen minderer Bedeutung und mehr lokalen Charakters sind uns aus der Zeit von 1868 bekannt.

Zum Schlusse seien noch kurz die Zusammenhänge der alten zünftlerischen Vereinigungen mit den Anfängen der modernen gewerkschaftlichen Organisationen betrachtet. An wen wandten sich die Organisatoren und Agitatoren der neuen Gewerkschaften, wie bekamen sie durch das ganze Deutsche Reich Fühlung mit ihren Berufskollegen, wie war es möglich, daß die neugegründeten Gewerkschaften sofort über zahlreiche Zahlstellen verfügten, ja wie war es denn überhaupt denkbar, daß die allgemeinen Gewerk-schaftskongresse vom Jahre 1868 so überaus zahlreich be-sucht waren? All das erklärt sich aus dem Zusammen-hange der alten Gefellenorganisationen mit den neuen Gewerkschaften. Es waren die Altgefellen und sonstigen Vertreter der zünftlerischen Gefellenorganisationen, die zwar nicht allgemein und ausnahmslos, aber doch vielfach die Träger der neuen Gewerkschaften in den einzelnen Orten wurden. Mit den Adressen der alten Altgefellen zogen die Kapell und Frißsche, die Lübtz und die zahl-reichen anderen Agitatoren für die modernen Gewerk-schaften in alle Teile Deutschlands. Fast überall fanden sie freundliche Aufnahme und verständnisvolles Entgegen-kommen. Vielfach ging der Besitz der alten Gefellen-verbündungen auf die neuen Gewerkschaften über; in den 1870er Jahren mußten sich in Nürnberg die Gerichte mit einem Prozesse beschäftigen, ob die Urkunden einiger Gefellenverbindungen den Hirsch-Durckerschen Gewerk-vereinen oder den modernen Gewerkschaften gehörten. Nach heute verfügen Nürnberger Gewerkschaften über Bücher, die mit dem Gelde der alten Gefellenverbindungen gekauft wurden.

So sehen wir in den modernen Gewerkschaften nicht eine sprunghafte Entwicklung, nicht eine vollkommen neue Erscheinung, sondern nur eine andere Gestaltung des Organisationstriebs der deutschen Proletarier, die die Notwendigkeit der Organisation einsahen, ebenso als sie noch Knechte und Gefellen geheißten, wie heute, wo sie als Gehilfen und Arbeiter erscheinen.

Auch in den Kampfzügen finden wir nicht aus-schließlich Neues, wenn auch die gewaltige technische Revolution, wenn auch die Entwicklung aus dem Hand-werk zum großen Maschinenbetrieb, die Entwicklung aus der kleinen Stadt zu den großen Industriezentren, aus der geschlossenen Stadtwirtschaft zur Weltwirtschaft Um-wälzungen in den Organisationen und nicht zuletzt in den Köpfen der Arbeiter hervorgerufen hat. Nicht die gewerk-schaftliche Organisation ist es, die den früheren Gene-rationen der Arbeiterklasse fremd war, sondern ihre Er-gänzung, durch die politischen Bestrebungen der Arbeiter. Ebenso alt, wie die gewerkschaftlichen Bemühungen, sind die Versuche der herrschenden Klassen, diese gewerk-schaftlichen Bestrebungen zu bekämpfen, einzunengen, zu unterdrücken. Sie sind nicht fremd, den heutigen Unter-nehmern und den nun Regierenden. Sie werden vergeblich sein, wie bei unseren Vorfahren, so auch bei der heute lebenden Generation.

**Die Arbeitersekretariate über die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften.**

Die Leitung der Berufsgenossenschaften liegt bekanntlich ausschließlich in den Händen der Großkapita-listen. Daher ist es begreiflich, daß die Presse der Groß-kapitalisten gar nicht genug rühmen kann, wie vorzüglich die Berufsgenossenschaften und ganz besonders die „Selbst-verwaltung“ der Großkapitalisten in den Berufsgenossen-schaften sich bewährt hätten. Aber auch die angeblich un-parteiischen Regierungen und ihre Beamten stimmen unter Führung des Reichsministers für Sozialpolitik, des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, in das Lob-lieb ein. Demgegenüber ist es unsere Pflicht, immer wieder festzustellen, daß in Wahrheit die Praxis der Berufsgenossenschaften meistens durch und durch arbeiter-feindlich ist. Das bestätigen von neuem die letzten Jahres-berichte unserer Arbeitersekretariate.

So berichtet das Arbeitersekretariat in Königsberg (Preußen), daß seine Tätigkeit zu einem recht erheblichen Teil in Anspruch genommen wurde durch die fortgesetzten Bestrebungen der Berufsgenossenschaften, die schmalen Renten der Verletzten zu kürzen, sie ihnen vorzuenthalten oder wenigstens möglichst niedrig zu bemessen. Man muß, heißt es in dem Bericht weiter, diesen ununterbrochenen Kampf um die Rente kennen gelernt, die Mittel, die teil-weise von den Berufsgenossenschaften angewendet werden, gesehen haben, und man wird es verstehen, wenn manch-mal ein Verletzter in Verzweiflung gerät. „Von Humanität haben wir wirklich nichts bei den Berufsgenossenschaften verspürt. Nach Möglichkeit jede Belastung der Berufs-genossenschaften abzumehren, das scheint uns das Leitmotiv der Tätigkeit der Berufsgenossenschaften zu sein; abzu-mehren auf Kosten der Unfallverletzten.“

Aus der großen Zahl der Berichte, die dasselbe Klage-lieb anstimmen, sei nur noch der Bericht des Arbeiter-sekretariats in Nürnberg erwähnt. In demselben lesen wir: „Am den Verletzten zu ihrem Rechte zu verhelfen, bedurfte es in vielen Fällen eines ganz energischen Vor-gehens. Es gibt immer noch Berufsgenossenschaften, die den Verletzten die ihnen zustehenden Rechte vorenthalten. Wenn auch nur eine geringe Möglichkeit besteht, daß der Verletzte, den Verletzten abzufrieden, von Erfolg begleitet sein könnte, so wird er unternommen. Dies hindert aber betrieblige Berufsgenossenschaften nicht, viele Verletzte der „Simulation“ zu bezichtigen.“

Dabei bringen alle Berichte eine lange Reihe tatsäch-lich vorgekommener Fälle, die zeigen, daß die Klagen der Arbeitersekretariate über die arbeiterfeindliche Praxis der Berufsgenossenschaften nie zu berechtigt sind. Sind schon, schreibt der Berichterstatter über das Arbeitersekretariat in Dresden, die Bestimmungen der Unfallversicherungsgesetze äußerst ungünstig für die Unfallverletzten, so erfahren aber noch bei Anwendung der Gesetze diese eine Auslegung, daß von Schutzgesetzen kaum noch die Rede sein kann. Wie nach-folgender Fall beweist, sind hierbei die Berufsgenossenschaften um „Gründe“ nicht verlegen: Ein Fernwärmer erlitt beim Heben einer 180 Pfund schweren Last, die er mit einem Nebenarbeiter in ein Nebenzimmer tragen wollte, beim plötzlichen Anheben einen Unfall: Blut und Speisereste kamen ihm aus dem Munde, und er mußte die Last, da er heftige Schmerzen hatte, niedersetzen. Er hatte Magen-blutungen bekommen und war dadurch in seiner Erwerbs-fähigkeit sehr beschränkt. Trotzdem lehnte die Berufs-genossenschaft die Gewährung einer Rente ab. „Die Magen-blutungen sind gelegentlich des mit einem Arbeitskollegen be-wirkten Hebens eines zirka 75 Kilogramm schweren Fern-wärmer erlitten, also bei einer betriebsüblichen Arbeitsverrichtung. Ein zu entscheidender Betriebsunfall liegt demnach nicht vor.“ So lautete der „Grund“ der Berufsgenossenschaft. Die sonst so „rechtskundigen“ Herren der Berufsgenossenschaft mußten erst vom Reichsversiche-rungsamt belehrt werden, daß sie zur Gewährung der Rente verpflichtet sind.

Nach den Unfallversicherungsgesetzen sollen die Berufs-genossenschaften die Entschädigung „in beschleunigtem Ver-fahren“ festsetzen. Wie die Berufsgenossenschaften mit-unter das Verfahren beschleunigen, dafür ein Beispiel aus dem Bremer Bericht. Ein Arbeiter hatte am 22. August 1907 einen Unfall erlitten. Er erlitt von der Müllerei-Berufsgenossenschaft unter dem 10. Dezember 1907 den Vorbescheid, worin ihm die Vollrente für eine Woche nach dem Beginn der Entschädigungspflicht der Berufsgenossen-schaft und eine Rente von 50 Proz. für die weitere Zeit angekündigt wird. Der Mann ist also in hohem Maße in

seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt. Man weiß, was das in der Zeit der wirtschaftlichen Krise zu bedeuten hat. Wie schwer wird es einem solchen Arbeiter, überhaupt noch Arbeit zu bekommen, wenn Vollarbeiter genügend zur Verfügung stehen! Daher ist es begreiflich, daß der Mann, der seit Ende November keine Unterstützung erhielt, in arge wirtschaftliche Bedrängnis kam. Die Berufsgenossen-schaft — Müllerei-Berufsgenossenschaft — nahm aber darauf keine Rücksicht. Bis Ende Januar des nächsten Jahres war der Arbeiter immer noch nicht im Besitze des berufungsfähigen Bescheides, durch den die Festsetzung der Entschädigung erfolgt. Erst auf eine Mahnung hin wurde dem Verletzten Anfang Februar ein größerer Vorschuß an-geboten und auf Ende des Monats Zusendung des berufungsfähigen Bescheides versprochen. Aber auch diesen Termin hielt die Berufsgenossenschaft nicht ein. Ende März mußte der Arbeiter einen weiteren Vorschuß fordern. Jetzt ent-schuldigte sich die Berufsgenossenschaft damit, daß einer ihrer Beamten erkrankt sei. Als ob es nicht Kuschilsträfte gibt. — Ein weiteres Beispiel aus dem Braunschweiger Bericht: Die Familie eines Arbeiters, der durch einen Unfall getötet worden war, hatte an die Musikinstrumenten-Berufsgenossenschaft zu Leipzig Anspruch auf die An-gehörigenrente. Die Berufsgenossenschaft ließ sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht herbei, der Familie die Auszahlung der Unterstützung rechtzeitig anzudeuten, so daß der Hauswirt die Familie aus ihrer Wohnung hinaus-geworfen hätte, wenn sich nicht in letzter Stunde mild-tätige Personen gefunden hätten, die ihr die Miete bis zum Eingang der Rente vorstreckten. Erst nach einer Be-schwerde beim Reichsversicherungsamt bequeme sich die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Rente. — Aus dem Darmstädter Bericht: Geradezu unverständlich rücksichtslos behandelte die Tiefbau-Berufsgenossenschaft in Wilmers-dorf einen Arbeiter. Derselbe war am 4. Juli 1906 ver-unglückt. Am 16. November 1906 war er aus der Heil-behandlung entlassen, aber noch bedeutend in seiner Er-werbsfähigkeit beschränkt. Er ersuchte daher die Berufs-genossenschaft um die Festsetzung der Rente und um einen Vorschuß. Da selbst seine wiederholte Bitte nicht beachtet wurde, beschwerte er sich am 3. Dezember 1906 beim Reichs-Ver sicherungsamt. Dieses antwortete ihm am 8. Februar 1907, daß die Berufsgenossenschaft nach ihrer abgegebenen Erklärung vom 29. Januar 1907 die „Ent-schädigungspflicht nunmehr anerkannt und die Für-sorge für den Verletzten übernommen“ habe. — Aus dem Stuttgarter Bericht: Ein Fuhrmann war am 2. Februar 1907 verunglückt und vollständig erwerbsunfähig. Er er-hielt von der Ortskrankenkasse für 26 Wochen Unterstützung. In dieser ganzen Zeit hatte die Fuhrwerks-Berufsgenossen-schaft noch immer nicht die nötigen Vorarbeiten ausgeführt, um die Fürsorge für den Verunglückten zu übernehmen oder die Rente festzustellen. Dazu ließ sich die Berufs-genossenschaft erst auf eine Beschwerde des Arbeiters bei dem Reichsversicherungsamt herbei. Inzwischen sah sich der verunglückte Arbeiter gezwungen, die Hilfe der Armen-behörde in Anspruch zu nehmen.

Unzählige sind die Fälle, in denen die Berufsgenossen-schaften eine „Besserung“ in dem Zustande des Verletzten herausfinden und die Rente deshalb entweder kürzen oder gar ganz aufheben. Wie die Berufsgenossenschaften dabei hier und da vorgehen, dafür ein Beispiel aus dem Kasseler Bericht: Ein Arbeiter bezog für eine Verletzung des rechten Auges eine Rente von 10 Proz. Die Berufs-genossenschaft stellte die Zahlung der Rente ein, indem sie sich auf das Gutachten eines Arztes, des Dr. G., berief. Der Arbeiter legte Verneinung dagegen ein. Das Schieds-gericht stellte fest, daß der Arzt G., in Wahrheit sein Gutachten dahin abgegeben hatte, daß eine Besserung in dem Befinden des Arbeiters nicht eingetreten ist. Das Urteil lautete selbstverständlich, die Berufsgenossenschaft hat dem Arbeiter die Rente weiter zu bezahlen. Be-zeichnend aber ist, daß die Berufsgenossenschaft bei dem Arbeiter die Meinung zu erwecken suchte, der Arzt habe eine Besserung befundet.

Fälle ähnlicher Art könnten wir noch weiter und weiter anführen. Unsere Beispiele genügen aber, um jeden, der sich nicht gegen die Wahrheit verschließen will, davon zu überzeugen, daß die Praxis der Berufsgenossenschaften oft genug im höchsten Grade arbeiterfeindlich ist.

**Dr. Alexander Sille, der Bannträger der neuen Arbeitgeberpartei.** (Schluß)

Die neue Arbeitgeberpartei soll den Kampf führen gegen die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter und für eine Vermehrung des Profits der Unternehmer. Sie muß sich also notgedrungen auf die wirtschaftlich selbständigen Elemente unseres Volkes stützen und gegen die andere Volksschicht Front machen. Während die alten Parteien ihrem Programm nach das ganze Volk in seiner Gesamtheit umfaßten und die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten behaupteten, weshalb sie sich auch bei den Wahlen an das gesamte Volk wandten, kann sich die neue Partei, die eine ausgesprochene Interessenpartei ist, natür-lich nur an die betreffende Interessengruppe wenden. Da wirft sich denn die Frage auf, ob eine solche Partei unter den heutigen politischen Verhältnissen zahlenmäßig über-haupt möglich ist, d. h. ob die Zahl ihrer An-hänger bei einer Wahl so groß werden kann, daß sie ihren Willen im Staate durchzusetzen vermag. Selbstverständlich schüm-mert im Zukunftsschöße dieser neuen Partei die geheime Absicht, das heutige Wahlsystem zu beseitigen, einzuweisen

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
  - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Böhln in Pfaß, Böhln in Thüringen, Freising in Bayern (Maschinenfabrik Buchberger), Hamburg (Möbelfabrik Valesen), Hof i. B., Jena (Grobe), Worms, Basel, Bern in der Schweiz, Budapest, St. Louis in Frankreich;
  - Mobeltischlern nach Triest;
  - Korbmachern nach Berlin und Vororten, Brandenburg (Schmidt), Braunschweig (Franz Unger, früher Steinlage), Fürstberg a. O., Guben, Wulsdorf;
  - Verguldbern nach Budapest;
  - Sägern nach Lüdinghausen i. Westf. (Nierhoff).

aber, im Zeitalter des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts, gehören zu einer Partei, die zur Geltung gelangen will, Wählermassen, die eine Mehrheit repräsentieren.

Der Bund der Landwirte, die Partei der Zollwucherer, der Dr. Lilla als leuchtendes Vorbild voranschwebt, hat dies längst erkannt, aber auch die gewerblichen Arbeitgeber sind nach der Meinung Lillas sehr wohl in der Lage, eine Majorität der Wähler stellen zu können. Sie haben ja alle dasselbe Interesse: der Industrielle und der Kaufmann, der Spediteur, der Hotelbesitzer und der Bauunternehmer, der Handwerksmeister, der kleine Ladeninhaber, der Fuhrwerksbesitzer, der Hauseigentümer und der Gastwirt — sie alle haben dasselbe Interesse daran, daß die politische Macht im Staate nicht in die Hände der Arbeiter hinübergleitet. Denn die Handarbeiterschaft, so urteilt der Unternehmertum Lilla in seiner hochnäsigen Weise, hat keine Freude am Boden und am Besitz überhaupt, sie verbraucht, was sie einnimmt und bleibt nur darum auf der untersten Stufe der Gesellschaft stehen. Wir wollen uns über diese schnobdrige Redensart nicht aufregen — denn ein Mensch wie Lilla kann das Proletariat nicht beleidigen! — sondern wir wollen rein objektiv prüfen, wie denn zahlenmäßig die Aussichten der neuen Partei sind.

„Wie groß ist die Zahl der Unternehmer im Deutschen Reich?“ fragt Dr. Lilla. Und er antwortet darauf: „Nach den vorläufigen Ergebnissen der Zählung vom 12. Juni 1907 besaß das Deutsche Reich an diesem Tage 5 767 814 land- und forstwirtschaftliche Betriebe und 3 525 301 Gewerbebetriebe bei 13 459 520 Haushaltungen. Von den insgesamt vorhandenen 9 293 115 Betrieben waren also 3 525 301 Gewerbebetriebe. Leider liegen die Einzelergebnisse noch nicht vor, so daß man noch nicht sagen kann, wie viele Betriebe auf den Handel, das Verkehrsgewerbe, die Industrie, das Handwerk entfallen. Die Gesamtheit der gewerblichen Arbeitgeber aber beläuft sich demnach auf 3 525 301, und zu diesen wäre noch die politisch zu ihnen haltende Mehrheit ihrer höheren Angestellten zu zählen. Die Mittelstandsbewegung, welche im wesentlichen das Handwerk und das Beamtentum, auch das private Umfaßt, ist bereits da. Eine Arbeitgeberpartei brauchte ihr nur die Hand zu reichen, und ein Zusammengehen würde sich gewiß erreichen lassen. Berücksichtigt man, daß bei den letzten Reichstagswahlen das Deutsche Reich 13 352 880 Wahlberechtigte aufwies, d. h. etwa ebensoviel, wie es Haushaltungen hatte, und daß davon nur 11 303 537 wählten, von denen wieder nur 11 262 829 gültige Stimmen waren, so ist eine geschlossene politische Betätigung des gewerblichen Arbeitgebertums ganz und gar kein Un Ding. Es weist zusammen mehr Stimmen auf als die ganze Sozialdemokratie, die 1907 nur auf 3 259 029 Stimmen kam. Ist es auch stärker über das ganze Reich verstreut als die gewerblichen Arbeitermassen, so bietet sich ihm doch an den meisten Stellen, an denen es zahlenmäßig stark vertreten ist, die Möglichkeit des Zusammengehens mit den landwirtschaftlichen Arbeitgebern, welche zusammen 5 767 814 betragen. Beide Gruppen zusammen besitzen 9 293 115 Stimmen, also die unbedingte Mehrheit im Reichstage.“

Die Millionenziffern, die Dr. Lilla aufmarschieren läßt, machen einen ganz imponierenden Eindruck, wenn man sie aber näher prüft, so bemerkt man bald, daß die Rechnung ein Loch hat. Bei der Gruppierung der Zahlen ist ganz außer acht gelassen, daß es unter den sogenannten Arbeitgebern eine ganze Masse Leute gibt, die in der Gewerbezahlung als Selbständige aufgeführt werden, die aber gar keine Arbeitgeber sind, weil sie keine Arbeiter beschäftigen. Sie haben infolgedessen auch keine Arbeitgeberinteressen. Wie sollte z. B. der Inhaber eines kleinen Ladens oder der kleine Gastwirt dazu kommen, die Partei der Arbeitgeber zu ergreifen, und die Bestrebungen der Arbeiter zu bekämpfen? Die Arbeiter sind ja seine Kunden, von denen er lebt, und die höheren Löhne bringen ihn ja höhere Einnahmen. Auch der Kleinmeister, der ohne Gesellen arbeitet, hat keine Veranlassung, für die Kapitalproben sich aufzuopfern, denn die besseren Lohn- und Arbeits-

bedingungen, die sich die Arbeiter erkämpfen, kommen auch ihm indirekt zugute, indem sie ihm selbst die Möglichkeit gewähren, für seine eigene Arbeitsleistung höhere Preise zu bekommen. Ebenso liegt es auch mit den Angestellten, auf deren Unterstützung Dr. Lilla rechnet. Heutzutage lassen sich die kleinen Geschäftsleute und die besser bezahlten Angestellten noch durch politische Schlagwörter käuflich machen, wenn aber erst die neue Arbeitgeber- oder richtiger gesagt, die neue Ausbeuterpartei vom reinsten Wasser, ins Leben getreten sein wird, dann müßten alle diese Leute ja dumme Perle sein, wenn sie für die Ausbeuter die Kastanien aus dem Feuer holen wollten. Schon heute beginnt es in den Kreisen der Angestellten zu dämmern und die neue Partei wird ihnen böllig den Star stechen. Und noch zahlreiche andere Leute gibt es unter den sogenannten Arbeitgebern, die sich bedanken werden, einer Ausbeuterpartei Heeresfolge zu leisten.

Dr. Lilla hat also alle Ursache, seine Zahlen noch einmal gründlich zu prüfen, damit seine Enttäuschung hinterher nicht allzugroß wird. Es klingt allerdings sehr siegesgewiß, wenn er seinen Zuhörern erzählt, daß der politische Zusammenschluß der gewerblichen Arbeitgeber aussichtsvoll sei, und daß es einzig darauf ankomme, das deutsche Arbeitgebertum davon zu überzeugen, daß es seine Berufspflicht sei, seine wirtschaftlichen Interessen auch politisch zu vertreten, aber die Zukunft wird ihn lehren, daß die Menschen keine Ziffern und Zahlen sind, die ein schlauer Rechenkünstler beliebig gruppieren kann, sondern daß man es mit unmaßbaren, unberechenbaren Stimmungen und Strömungen zu tun hat, die aller Vorausbestimmung spotten. Der politische Mensch hat nicht nur rein wirtschaftliche Interessen, sondern er unterliegt auch sozialgeistigen und sozialmoralischen Einflüssen, die außerhalb seiner Interessensphäre ihre Ursache haben.

Dr. Lilla ist offenbar ein Anhänger der trüg materialistischen Weltanschauung, die weiter nichts kennt, als das nackte wirtschaftliche Interesse. Deshalb glaubt er, daß es genüge, ein den wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber entsprechendes Programm aufzustellen, um die gesamten Arbeitgeber zu bestimmen, in hellen Haufen der neuen Partei zuzuströmen. Diese Auffassung, die aller politischen Erfahrung Hohn spricht, sucht er auch damit zu stützen, daß er behauptet, eine Betonung der wirtschaftlichen Interessen verträge sich sehr gut mit jeder beliebigen politischen Anschauung. Er zerlegt nämlich jeden Menschen in ein Doppelwesen; das eine Wesen kämpft für Geldheuteinteressen, das andere vertritt politische oder sonstige Ideale; das erstere reklamiert er für sich, das letztere überläßt er den verschiedenen bürgerlichen Parteien. Man lese nur folgende Sätze: „Eine wesentliche Förderung der Arbeitgeberpartei wird darin liegen, daß dieselbe keinen ihrer neuen Anhänger zwingt, eine geradezu feindliche Stellung gegen diejenige Partei einzunehmen, der er bisher angehört hat. Der Gegensatz zu der sozialdemokratischen und der gewerkschaftlichen Reichstagsfraktion, welche die nächste Zukunft bringen wird, wird allerdings ein unüberbrückbarer sein. Aber von allen anderen Parteien gilt im wesentlichen, daß die Arbeitgeberpartei diejenigen Fragen aufnimmt, welche jene vernachlässigt haben. Ihr Grundgedanke wird die unbedingte Sicherstellung der Freiheit aller Art durch den Staat sein, und dieser Grundgedanke läßt für alle nicht wirtschaftlichen und nicht gesellschaftlichen Fragen einen weiten Spielraum. Dort, wo sich die politischen Parteien mit einziger Ausnahme der Sozialdemokratie gerade auf Unterfragen in der Stellung zu nicht-wirtschaftlichen und nicht-gesellschaftlichen Fragen und lassen ihren Mitgliedern häufig in wirtschaftlichen Fragen volle Freiheit. Die Arbeitgeberpartei erstreckt genau das umgekehrte Verhältnis. Sie will eine Partei sein auf wirtschaftlicher Grundlage und will ihren Mitgliedern in jeder anderen Hinsicht freie Hand lassen. Zweifellos entspricht eine solche Stellungnahme in ganz anderem Grade den Zeitläuften als die heutige Stellung der politischen Parteien; denn neuem Gehalt der Fragen, welche die Gesetzgebung beschaffigen, sind wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art.“

Man sieht hier deutlich, daß sich Dr. Lilla die Sache etwas sehr leicht macht. Für ihn existieren keine Probleme der Kultur, der Menschenbildung, der Humanität, der Moral, der Entwicklung usw. Das ist alles alter, mürrer Klunker, der ihn nicht im geringsten kümmert. Seine neue Partei schreibt die Formel: „Geld verdienen! Profit machen!“ auf ihre Fahne. Ihr einziges Prinzip ist die Prinziplosigkeit, ihr einziges Ziel ist die Niederhaltung und Aussperrung der Arbeiterklasse. Und da dieses Geldsachideal mit den bisherigen Parteien nicht durchzuführen ist, so entrollt Dr. Lilla das Banner einer neuen Partei. Diese Partei kennt keine Gleichberechtigung aller Staatsbürger, sondern nur die Herrschaft des Geldsacks; sie lacht über das Streben, jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, und verachtet die arbeitende Masse, die sie als Dünge betrachtet für das Emporbühen eines Geldsacks; sie verwirft die Prinzipien einer sozialen Moral und predigt den schrankenlosen, brutalen Egoismus; sie preißt, kurz ausgedrückt, auf Moral und Recht und Menschenliebe, auf Christentum und Menschentüchtigkeit und stützt sich einzig und allein auf die Macht des Geldsacks. Wir möchten ihr deshalb den Heineken Vers: „Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben!“ als Wahlspruch empfehlen.

Und — Wunder, über Wunder! — am Ende seines Vortrages zeigt Dr. Lilla, daß auch er Ideale hat. Er schließt nämlich mit dem Knalleffekt: „Vor lauter Pflicht gegen die Arbeiter haben die deutschen Unternehmer bis vor kurzem ihre Pflichten gegen sich selbst vergessen. Jetzt sind sie zum Bewußtsein ihrer Pflicht gelangt. Und sie sind bereit, ihre Pflicht zu tun — zur Ehre und zur Stärkung des deutschen Vaterlandes!“ Ekelhafter und zynischer ist wohl noch niemals mit der Ehre des deutschen Vaterlandes Schindluder gespielt worden, als es dieser Unternehmertum hier tut. Auf Teufel!

### Geschoßförbe.

Von den Enttäuschungen, welche die Geschoßförbeperiode gebracht hat, können die Korbmacher ein trauriges Lied singen. Um die Entwicklung der Dinge richtig zu beurteilen, müssen wir auf den Beginn der diesmaligen Geschoßförbeperiode zurückgreifen. Leider können wir nicht von allen Städten berichten; das liegt an der Interesslosigkeit der Kollegen in den betreffenden Orten, zu denen auch Verburg gehört.

Es war bekanntlich den Kollegen nicht gelungen, den Einheitspreis von 4,60 Mk. auf der ganzen Linie durchzusetzen. Die Berliner Konferenz verständigte sich daher nach Prüfung der Verhältnisse auf einen Preis von 3,50 Mk. Wir mußten jedoch bald erfahren, daß es den Kollegen in den verschiedenen Städten an dem nötigen Ernst fehlte, diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen, da bereits in mehreren Orten die Drillinge für 3 Mk. angefertigt wurden. An verschiedenen Stellen kam es zu Streiks, etwas Einheitsliches wurde aber wieder nicht erreicht. Nach Fertigstellung der Lieferung war die Arbeitslosigkeit eine große, da die in den Geschoßförwerkstätten gewesenen Kollegen infolge stärkeren Auftretens der Krise in der Privatindustrie keine Aufnahme fanden.

Bei der Submission im März stellte die Regierung an die Unternehmer das Ansuchen, die Arbeit für 5 Mk. pro Stück (früher 7,93 Mk.) anzunehmen, widrigenfalls nur diejenigen Firmen berücksichtigt würden, die billigere Angebote gemacht hätten. Auch bewilligte die Regierung langfristige Lieferungsverträge. Verhandlungen mit einzelnen Unternehmern führten zu keinem befriedigenden Resultat. Wir folgten nun einer Einladung der Berliner Arbeitgeber zu einer gemeinsamen Verhandlung, an welcher auch noch Unternehmer aus anderen Orten teilnahmen. Da hierbei ein höherer Lohn als 3 Mk. nicht zu erzielen war, gab die aus der Zentral- und Berliner Branchenkommission zusammengesetzte Vertretung ihre Zustimmung vorbehaltlich der Genehmigung durch die Versammlungen der Korbmacher. Proteste gegen die Vereinbarung gingen ein aus Verburg (Gebr. Wolff) und Stettin.

Glaubten wir nun, Einheitsliches geschaffen zu haben, so sahen wir uns bitter getäuscht, da nach kurzer Zeit schon aus Grimma und Düben Lohnabzüge gemeldet wurden. Der Ausgang der Bewegungen ist ja bekannt, daß die Teilarbeit mit schuld daran ist, wird jeder begreiflich finden, da der Unternehmer des ersteren Ortes ungelernete Arbeiter, Frauen und Mädchen als Lohnbrücker benutzen konnte, die uns somit in den Rücken fielen. Auch die Berliner Meister Starke, Frunze und Schmidt haben ihre Unterschrift nicht gehalten und zahlen unter dem vereinbarten Preis. (Es arbeiten dort nur die Schwarzen.)

Sind die Verhältnisse in Norddeutschland nicht befriedigend, so mußten wir erfahren, daß es im Coburger und Lichtenfelser Bezirk noch trostloser aussieht. Da dort die Kollegen nicht organisiert sind, kann ein profitungreiches Unternehmertum dort schaffen und walten wie es ihm beliebt. In Michelau beschäftigt die Firma Schräber aus Hamburg 30 Mann und zahlt 1,47 Mk. pro Korb ohne Boden. Der Lohn wird im Wirtshaus ausgezahlt, und um die Arbeiter willfährig zu erhalten, werden sie zu Biertrinkern ausgebildet. Die Arbeitszeit wird bis abends 10 Uhr ausgedehnt. Die Firma Krüger zahlt 2,27 Mk. und beschäftigt 8 Mann. In Wittwitz werden 40 Kollegen beschäftigt. Sie erhalten einen Lohn von 1,80 Mk. Heineken in Berlin, welcher Mitunterzeichner des Vertrages ist, hat seinen Auftrag an einen Unternehmer in Hasenberg bei Sonneberg weitergegeben; dort werden ebenfalls 1,80 Mark gezahlt. Auch Starke läßt Geschoßförbe in Dalchau anfertigen. Die Firma Gagel in Coburg beschäftigt Heimarbeiter. Da aber bei den niedrigen Löhnen auch die Heimarbeiter nicht auskommen können, werden hierbei noch 7 Kinder beschäftigt. Auch in Schney werden 40 Kollegen bei niedrigen Löhnen beschäftigt.

Bisher war Heimarbeiter von der Regierung bei der Anfertigung von Geschoßförben nicht gestattet und wurde solche inhaftiert, wenn Beschwerden der Arbeiter eingingen. Daß jetzt ein besonderer Grund vorgelegen hätte, von dieser Praxis abzugehen, ist schwer zu begreifen. Auf's schärfste aber ist zu beurteilen, daß es gestattet ist, bei dieser Arbeit Kinder zu beschäftigen.

Nicht eigenartig berührt es, daß Beschwerden der Arbeiter gegen Unternehmer, welche ihre vertraglichen Pflichten nicht innehalten, von der Regierung den betreffenden Unternehmern ausgehändigt werden, was natürlich zur Folge hat, daß die Beschwerdeführer gemahregelt werden. Ist es auch noch nicht gelungen, in dieser Gegend den Gedanken der Organisation unter den Korbmachern zu verbreiten, so müssen wir es immerhin freudig begrüßen, daß diese Kollegen den Mut hatten, weitere Lohnreduzierungen abzuweisen. Auch wenden sich schon mehrere Kollegen von dieser Arbeit ab. Wie mag hier das Unternehmertum die Arbeiter drücken, wenn schon die Kollegen, die doch jahrelang als Heimarbeiter jeden Druck erduldet haben, nicht auch noch diesen ertragen konnten.

Kollegen, die geschädigten Verhältnisse können uns in keiner Weise befriedigen. Wir müssen alle Kräfte einsetzen, daß auch die in Lichtenfels und in der Coburger Gegend beschäftigten Kollegen einsehen lernen, daß sie einzeln ihre traurige Lage nicht verbessern können. Sie müssen erkennen, daß sie nur durch Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband einen Fortschritt erzielen können

Die Kollegen allerorts aber müssen wir ermahnen, ihrer Pflichten stets eingedenk zu sein. Sie mögen sich mehr wie bisher der Stärke bewußt werden, die ihnen innewohnt, wenn sie treu zum Verband halten. Das Bestehende muß zum mindesten erhalten bleiben; wir müssen aber auch wieder daran denken, die Scharte auszuweihen, die uns die Krise geschlagen hat.

Die Zentralkommission der Korbmacher.  
J. A.: Otto Richter.

### Soziales.

#### Der preussische Landtag

Ist am 20. Oktober mit dem üblichen mittelalterlichen Zeremoniell eröffnet worden. Die beginnende Session hat Anspruch auf erhöhtes Interesse, ist es doch die erste Tagung der preussischen Gesetzgebung, an welcher wirkliche Arbeitervertreter teilnehmen. Dieser Tatsache mußte auch die vom König verlesene Thronrede Rechnung tragen. Selbstverständlich enthielt sie nicht etwa eine feierliche Begrüßung an die Adresse der sieben Sozialdemokraten, die aller schlaue erdachten Hindernisse zum Trotz sich einen Weg in das Dreiklassenhaus gebahnt haben; auf einen solchen Gruß würden auch die einzigen Volksvertreter im preussischen Landtag wenig Wert legen. Aber die Thronrede konstatiert, daß das gegenwärtige Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus unhaltbar ist. Das ist ein bedeutender Erfolg der sozialdemokratischen Agitation zur Beseitigung der preussischen Dreiklassenstände.

Es wäre von den Machthabern in Preußen zuviel verlangt, wenn man von ihnen erwartet hätte, daß sie dem Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf dem Präsentierteller entgegenbringen würden; bis das Ziel erreicht ist, wird es noch viel Mühe und Arbeit kosten. Einstweilen müssen wir uns mit dem Erfolg begnügen, daß die Reformbedürftigkeit des Wahlrechtes überhaupt anerkannt ist. Ueber die Richtung, in welcher sich die Reform bewegen soll, spricht sich die Thronrede sehr unklar aus. Es sei der Wille des Königs, heißt es, daß das Wahlrecht eine „organische Fortentwicklung“ erfahren soll, „welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarfung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht“. In gemeinverständlichem Deutsch übersetzt heißt das, daß an Stelle des gegenwärtigen Wahlrechtes, welches die politischen Rechte der Bürger nach der Größe des Geldbeitrags bemißt, ein anderer Maßstab gesucht werden soll, durch welchen der Zweck, die Arbeiterschaft von der Teilnahme an der Gesetzgebung auszuschließen, mit mindestens der gleichen Sicherheit erreicht wird. Die Ankündigung der Wahlreform durch die Thronrede kann also nur die Wirkung haben, der Agitation für die Einführung eines gerechten Wahlsystems einen neuen Impuls zu geben. Die unermüdete Agitation für die Erringung des vollen Bürgerrechtes durch die preussischen Arbeiter ist um so notwendiger, als die Vermutung nur zu begünstigt ist, daß die Einlösung des durch die Thronrede gegebenen bescheidenen Versprechens erst für einen recht fernliegenden Termin in Aussicht genommen ist.

In der Thronrede ist auch eine Gehaltsaufbesserung für die Beamten, Geistlichen und Lehrer angekündigt; nicht aber eine solche für die staatlichen Arbeiter. Diese beziehen ja die geringsten Einkommen; nach der Logik der preussischen Regierung haben sie deshalb eine Erhöhung der Löhne auch am wenigsten notwendig. Die Gehaltsvorlage wurde übrigens gleich am ersten Sitzungstage eingehend und in längerer Rede vom Finanzminister begründet. Zur Deckung der Kosten wird eine Änderung der Steuererhebung vorgeschlagen. Das Einkommensteuergesetz soll in der Weise geändert werden, daß Einkommen über 7000 Mark stärker belastet werden, ferner soll die Ergänzungsteuer, das ist die Vermögenssteuer, um ein geringes erhöht und schließlich soll ein Gesellschaftssteuergesetz eingeführt werden, welches eine besondere Besteuerung der Aktiengesellschaften usw. vorsieht.

Dieses Gesellschaftssteuergesetz ist der besonderen Beachtung durch die Arbeiter wert, denn es soll dazu dienen, die Konsumvereine kräftig zu schröpfen. Es ist speziell auf die Konsumvereine der Arbeiter zugeschnitten, denn die Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Berggewerkschaften, die außerdem noch im Gesetzentwurf genannt sind, sind kapitalistische Großunternehmungen, die es sehr gut verstehen, durch zweckentsprechende Preisur der Bilanzen dem Steuerfiskus ein Schnippchen zu schlagen. Die Arbeiterkonsumvereine können und wollen solche Bilanzkunststücke nicht machen. Nun gibt es aber neben den Konsumvereinen, die den gemeinsamen Einkauf und den Absatz von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen betreiben, noch andere Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb den besserstehenden Bevölkerungsklassen zugute kommt. Hierher gehören z. B. die Darlehns- und die Rohstoffgenossenschaften, insbesondere auch die zahlreichen landwirtschaftlichen Genossenschaften, welche den gemeinsamen Einkauf von Maschinen und Rohstoffen bezwecken, und deren Nutzen die Agrarier wohl zu schätzen wissen. Alle diese Genossenschaften sollen von der neuen Steuer befreit bleiben. Diese ist als ein Ausnahmegesetz gegen die Genossenschaften der Armen gedacht, und deshalb besteht auch große Aussicht, daß sie im Landtag angenommen wird. Von den übrigen Steuergesetzen, die der Finanzminister vorschlägt, und die in ihrer Wirkung vornehmlich die Besitzenden treffen, läßt sich noch keineswegs sagen, ob sie eine Mehrheit im Dreiklassenparlament finden.

So glatt und idyllisch wie seither werden sich aber die Verhandlungen im preussischen Landtag nicht mehr abspielen. Die sieben Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß auch die Stimme des Volkes zum Gehör kommt. Leicht wird ihnen ja die Ausübung ihres Mandats nicht gemacht werden. Um selbständige Anträge einzubringen, wozu 15 Unterschriften nötig sind, reicht ihre Zahl nicht aus, und die Junterherrschafft wird auch nichts unversucht lassen, ihnen soweit als irgend möglich das Wort abzuschneiden. Welcher Unanständigkeit die Landtagsmehrheit fähig ist, hat sich ja gleich in der ersten Sitzung gezeigt, wo sich für den Vorschlag, einen Antrag auf Entlassung des Abgeordneten Liebknecht aus der Festungshaft für die Dauer der Session auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen, nur etwa 50 Abgeordnete erhoben. Die Mehrheit will also nicht einmal die Besprechung dieses Antrages zulassen. Dieses Vorspiel läßt darauf schließen, daß die Volksvertreter im Landtag harte Kämpfe werden führen müssen, um sich durchzusetzen. Sie können aber diesen Kämpfen mit ruhiger Zuversicht entgegengehen, gestärkt durch das Bewußtsein, daß hinter ihnen, die im Parlament nur eine verschwindende Minderheit sind, doch die große Mehrheit des preussischen Volkes steht.

**Arbeiter als Geschworene.** Ein aufsehenerregender Vorgang wird aus Mannheim berichtet. Bei Eröffnung der Schwurgerichtsperiode hielt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Gummel, eine Ansprache, in der er unter anderem bemerkte, daß unter den ausgelosten Geschworenen sich auch ein Arbeiter befunden habe. Dieser habe aber von seinem Amte entbunden werden müssen, da die Firma, bei der er beschäftigt sei, ihm erklärt habe, daß er entlassen werde, wenn er sein Amt ausüben wolle.

Formell ist da der Unternehmer, dessen Name leider nicht genannt wird, zu seinem Verhalten berechtigt, denn es gibt kein Gesetz, welches ihn zwingt, seinen Arbeitern den zur Ausübung bürgerlicher Ehrenämter erforderlichen Urlaub zu gewähren. Moralisch aber ist sein Vorgehen auf das Schärfste zu beurteilen, und zwar hauptsächlich vom Standpunkt der loyalen, patriotischen Staatsbürger. Die Klagen über die in Deutschland geübte Klassenjustiz sind alt, und was noch schlimmer ist, sie sind berechtigt, wie mit unzähligen Beispielen belegt werden kann. Die Arbeiter waren bisher nur Objekte der Rechtsprechung. Nicht nur, daß die gelehrten Richter fast ausschließlich den Gesellschaftsklassen entstammen, welchen das Denken und Fühlen des Volkes fremd ist, man hat sich bisher fast durchgehend, wo das Gesetz den Bezug von Laienrichtern vorschreibt — bei den Schöffens- und Geschworenengerichten —, darauf beschränkt, diese aus den Kreisen der Besitzenden zu entnehmen. Erst in neuerer Zeit geht man da und dort dazu über, den Arbeitern die Konzeption zu machen, auch Personen aus dem Arbeiterstand zu dem Amte eines Schöffen und Geschworenen zu berufen.

In Wirklichkeit ist das aber nur eine Scheinkonzeption. So sehr es zu begrüßen ist, daß man mit der Gewohnheit des ungerechtfertigten Ausschusses der Arbeiter von solchen Kreisläutern bricht, so wird doch die Qualität der deutschen Rechtsprechung durch die Aufnahme eines solchen Konzeptionschulzen in die Liste der Geschworenen in nichts geändert. Es handelt sich dabei nur um ein Zugeständnis zu dem Zweck, die Arbeiterschaft einzulullen, ohne an dem Wesen unserer Justiz etwas zu ändern. Gerade die sogenannten staatsverhaltenden Elemente, zu denen doch der rabiate Mannheimer Unternehmer zweifellos gehört, hätten alles Interesse daran, daß durch solche Mittelchen das Gefühl der Zurücksetzung bei den Arbeitern gemildert wird. Wenn er durch seinen Machtanspruch die bei manchem aufkeimende Agitation, als ob die Arbeiter in Deutschland wirklich als gleichberechtigte Menschen angesehen werden könnten, zu bändigen nur das nur bezwecken, zur Aufrechterhaltung der Arbeitermassen wird das sicherlich weit mehr beitragen, als wenn einer von ihnen das Recht ausgeübt hätte, die Geschworenenbank zu drücken. Der gegen sein Masseninteresse handelnde Unternehmer bringt den Arbeitern wiederum zum Bewußtsein, daß sie in unserem sogenannten „Rechtsstaat“ nur Sklaven sind. Der Kapitalist, der nach der „bon Gott gewollten Weltordnung“ befugt ist, den Arbeitern einen erheblichen Teil ihres Arbeitsvertrages vorzuenthalten, pocht auf seine Eigenschaft als „Herr im Hause“ und macht sich das Recht an, seine Lohnsklaven an der Ausübung auch solcher Funktionen zu hindern, die ihnen durch die Staatsgewalt übertragen wurden. Daß er das ungekräft tun darf, ist ein Beweis für die Uebermacht, welche das Kapital in Deutschland ausübt, und wirkt zugleich ein großes Schlaglicht auf unsere herrliche Rechtsordnung.

**Gegen die schwarzen Listen.** Das Hamburger Kaufmannsgericht hat folgenden Antrag gestellt:  
„Dem Bundesrate und dem deutschen Reichstage wird nachstehender Antrag unterbreitet:

In der Gewerbeordnung wird eingefügt als § 158a: Den Arbeitgebern in Handel, Industrie und Gewerbe ist untersagt, Angestellte oder Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zu Berufsvereinen durch Vereinbarungen, schwarze Listen oder Einrichtungen anderer Art um ihre Stelle zu bringen oder sie aus diesen oder anderen nicht in der Person der Angestellten liegenden Gründen an der Erlangung einer neuen Stellung zu hindern.

Die Strafbestimmungen des § 158 der Gewerbeordnung finden Anwendung.“  
Dieser Antrag ist eine logische Konsequenz aus dem § 158 der Gewerbeordnung, der bekanntlich in seiner Härte ausschließlich gegen die Arbeiter angewendet wird. Aber gerade deshalb ist auf eine Annahme nicht zu rechnen. Ueber die Entwicklung des Brüsseler Volkshauses (Maison du Peuple) im ersten Halbjahre 1908 enthält das Organ der belgischen sozialistischen Genossenschaften einige Angaben, denen wir folgen lassen entnehmen: Die Genossenschaft beschäftigt 350 Personen und erzielt im Jahre einen Umsatz von rund 6 Millionen Franken. Sie betreibt eine Bäckerei, eine Schlächterei, Kolonialwaren-, Kohlen-, Schnittwarenhandel, eine Apotheke, ein Kinematographen-

theater, ein Café und eine Abteilung für Versicherungsreisen. Der Ueberschuß betrug 358 376,56 Fr. gegen 284 761,98 Fr. im ersten Halbjahre 1907. Den größten Teil des Ueberschusses lieferte die Bäckerei, die einen Ueberschuß von 258 310,98 Fr. abwarf. Die Genossenschaft verbrauchte für Medikamente und Heilmittel, die gratis an die Mitglieder abgegeben wurden, 44 276,78 Fr., außerdem verteilte sie für 12 330,58 Fr. Brot an kranke Mitglieder der Genossenschaft. Subventionen, worunter auch die Unterstützung politischer Bestrebungen fällt, erforderten 12 330,58 Fr. Die Mitgliederzahl wird nicht angegeben, doch soll sie ständig zunehmen.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin, die bisher in dem Hause Alexandrinenstraße 26 untergebracht war, ist am 1. Oktober in das eigene Heim, SO., Halberstraße 41, übergesiedelt. Die Wiederaufnahme des vollen Betriebes (Ausleihbibliothek und Lesehalle) ist am 21. Oktober erfolgt. Das Institut ist an den Wochentagen von 9—1 und von 2—6 Uhr zu unentgeltlicher Benutzung geöffnet. Die Ausleihbibliothek umfaßt zurzeit 18 000 Bände. Im Lesesaal stehen 534 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung und eine Nachschlagelbibliothek von 15 500 Bänden dem Publikum zur Verfügung.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 45. Wochenbeitrag für die Woche vom 1. bis 7. November fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 20727 Karl Paul Arnold, Tischler, geboren 14. 1. 81 zu Leipzig.
- 22956 Alina Schröder, Hilfsarbeiterin, geboren 24. 6. 85 zu Berlin.
- 36078 Johann Neukamm, Tischler, geboren 22. 1. 69 zu Bahreuth.
- 54052 Heinrich Bemecke, Stuhlbauer, geboren 12. 7. 63 zu Soltan.
- 75791 Adolf Start, Tischler, geboren 19. 5. 80 zu Escheburg.
- 83654 Franz Wellmann, Tischler, geboren -20. 5. 81 zu Leipzig.
- 111478 Albert Gehrke, Tischler, geboren 16. 6. 64 zu Bromberg.
- 118820 G. Strohsfeldt, Tischler, geboren 26. 10. 74 zu Straßburg i. N.
- 127778 Heinrich Eberhardt, Tischler, geboren 21. 4. 62 zu Münchenhagen.
- 148656 Richard Feidler, Tischler, geboren 5. 12. 83 zu Friedland.
- 184815 Ignaz Christhauer, Tischler, geboren 26. 4. 58 zu Hochlitz.
- 201580 Joseph Gühmann, Tischler, geboren 30. 4. 85 zu Gopten.
- 224424 Friedrich Geffert, Tischler, geboren 16. 8. 82 zu Emmendorf.
- 282945 Karl Gerwald, Stodkarbeiter, geboren 6. 11. 81 zu Zeiger.
- 257167 St. Slowinski, Korbmacher, geboren 12. 6. 84 zu Bickel.
- 256624 Sebastian Bastian, Tischler, geboren 2. 4. 60 zu Tiefenort.
- 336438 Julius Hengel, Drechsler, geboren 21. 10. 52 zu Gölitz.
- 560742 Fritz Fiene, Tischler, geboren 24. 2. 89 zu Berlin.
- 887191 Heinrich Schulz, Bürstenmacher, geboren 7. 9. 85 zu Dramburg.
- 400163 August Reamer, Tischler, geboren 30. 12. 87 zu Sals.
- 452382 Karl Pohl, Tischler, geboren 3. 5. 56 zu Posen.

#### Bekanntmachung der Pressekommision.

Von der Zahlstelle Berlin wurden die Kollegen Rich. Leopold, Rob. Schmidt, Herm. Schwarzmeier, Heinrich Späthe und Franz Stöckel als Mitglieder der Pressekommision gewählt. Die Kommission hat ihrerseits zum Vorsitzenden den Unterzeichneten gewählt, an dessen Adresse etwaige Beschwerden über die Redaktion oder Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu richten sind.

Der Vorsitzende:  
Robert Schmidt, Berlin SO. 16,  
Engelufer 16 IV.

#### Agitation im Gau Stettin.

Im Auftrage des Gauvorstandes hielt ich vom 10. bis 20. Oktober in den Orten Stargard, Gollnow, Stettin, Swinemünde, Anklam, Lüssan, Greifswald, Wolgast, Stralsund und Barth a. d. Ostsee Agitationsversammlungen ab.

Von überfüllten Versammlungen kann ich leider nicht berichten. Der Besuch ließ in vielen Fällen zu wünschen übrig. In Stargard, wo die Kollegen den seit 1904 bestehenden Vertrag gekündigt haben, und in Gollnow waren die Versammlungen gut besucht. In Stettin dagegen waren kaum 20 Proz. der Mitglieder und nur wenige Indifferente erschienen. Besser waren schon die Kollegen von Swinemünde auf dem Posten, wenn auch der Besuch angesichts der Tatsache, daß die Unternehmer den bestehenden Tarif gekündigt haben und die schlechte Konjunktur zu Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen benützen wollen, ein noch besserer hätte sein können. Wir verließen dort über einen Stamm tüchtiger Kollegen, woran es in einigen anderen pommerischen Zahlstellen sehr mangelt. In Anklam und in Lüssan waren gerade die Hälfte der Mitglieder zur Versammlung erschienen. Der Besuch in Greifswald litt darunter, daß am gleichen Abend eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung anberaumt war. Der Referent hierzu hatte aber in letzter Stunde abgesagt. Als praktische Menschen packten wir kurz entschlossen ein,

und hielt ich mein Referat in jener Versammlung, die von zirka 200 Personen besucht war. In Wolgast, wo sämtliche beschäftigten Holzarbeiter (61) organisiert sind, waren nur 30 in der Versammlung, darunter noch einige Mitglieder anderer Organisationen. Diese Zahlstelle liefert so recht den Beweis, daß es mit der numerischen Stärke der Organisation allein nicht getan ist. Wo die Kollegen nur der Mode halber dem Verbands angehören und der Sache nicht auch das nötige Interesse entgegenbringen, da ist trotz gutem Organisationsverhältnis dem Unternehmertum gegenüber nicht viel auszurichten. So besteht auch in Wolgast leider noch die 60stündige wöchentliche Arbeitszeit. Bei einem Teil der Stralsunder Kollegen scheint die Auffassung vorzuherrschen, daß sie nun, nachdem durch die Leipziger Vertragsabschlüsse auch für Stralsund die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf drei Jahre geregelt sind, auf ihren Vorbeeren ausruhen könnten. In der Versammlung war nur die Hälfte der Mitglieder erschienen. Besser war es wieder in Barth, wo die Mitglieder bis auf drei anwesend waren. Im allgemeinen litt sowohl der Besuch sowohl als auch die Stimmung in den Versammlungen zu sehr unter den Einwirkungen der Wirtschaftskrise. Die Agitationstour konnte deshalb von vornherein nicht auf große agitatorische Erfolge berechnet sein, jedoch dürfte der Zweck, die als Folge der Krise bei vielen Kollegen eingetretene Mülligkeit zu beseitigen und die Zahlstellen zu neuer Agitationsarbeit anzuspornen, erreicht worden sein.

Als persönliche Eindrücke von meiner Reise möchte ich vor allen Dingen anführen, daß der in den nordischen Orten sprichwörtlich vorhandene Schnapstempel unter dem Einfluß der Organisation sichtlich zurückgedrängt, und damit die Aufnahmefähigkeit für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung unter den Arbeitern mächtig gefördert ist. Wie im Süden, so ist auch im Norden noch viel zur Aufklärung und Schulung der Kollegen zu tun, um die vorhandene Gleichgültigkeit gegenüber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Begleiterscheinungen zu beseitigen. In den von mir abgehaltenen Versammlungen wurde selten über das Referat oder über die Verhältnisse am Orte diskutiert; wenn es sich dagegen im dritten Punkt darum handelte, zu einem Stiftungsfest oder Wintervergüngen Stellung zu nehmen, da wurde mit einem Eifer debattiert, der einer besseren Sache wert wäre. Das Interesse der Kollegen, ihre praktische und rednerische Betätigung erschöpft sich zu sehr in Kleinlichen, gleichgültigen Dingen. Um in dieser Beziehung Besserung herbeizuführen, muß vor allen Dingen die geistige Debe, die vielfach die Mitgliederversammlungen der kleinen Zahlstellen beherrscht, verschwinden. Wohl steht den Zahlstellen die Zeitung und sonstige Literatur zur Verfügung, um die Versammlungen mit Stoff zu versehen, aber es fehlt an der Initiative der Kollegen, das zweckentsprechend auszunutzen. Hier könnte vielleicht in der Weise abgeholfen werden, daß die Gauvorstände den Zahlstellen für die Versammlungen bestimmte Aufgaben zuweisen, Vorgänge im Verbands- wie im Wirtschaftsleben, Zeitungsartikel und Broschüren zur Behandlung in den Versammlungen überweisen und über die Versammlungen Protokolle sowie eine von der Versammlung angenommene Resolution einfordern, die die Stellung der Kollegen zu den aufgestellten Punkten und Fragen wiedergibt. Wenn diese Methode auch den Charakter von Schularbeiten in sich birgt, so dürfte doch damit wesentlich zur theoretischen und rednerischen Ausbildung unserer Kollegen beigetragen werden. Das Versammlungsleben würde sich heben und so unsere späteren Agitationstouren ihren Zweck noch weit mehr erreichen als bisher.

E. Kohl - Berlin.

„Die Gewerkschaften im Dienste des Kulturfortschritts“ lautete das Thema, welches ich in elf Versammlungen der größten Zahlstellen des Mecklenburger Teiles des Gau es Stektin behandelte. Passender konnte das Referat für die in Betracht kommenden Zahlstellen kaum gewählt werden, denn lange Arbeitszeit und niedrige Löhne gehen hier Hand in Hand. Die durchgängige Arbeitszeit ist zehn Stunden; doch gibt es Kollegen, wie z. B. in Strelitz, die noch 10½ und 11 Stunden bei einem Lohn von 29 bis 35 Pf. pro Stunde arbeiten. In Rarajim, wo die Arbeitszeit 59 Stunden laut Vereinbarung mit den Arbeitgebern betragen soll, wurde mir mitgeteilt, daß von den Stuhl- und Sofamachern, unter Zuhilfenahme von Ueberstunden und zum Teil Sonntagsarbeit, Akkordverdienste von 12 bis 15 Mk., in Ausnahmefällen auch 21 Mk. verdient werden. Diesen Kollegen scheint jedes Verständnis dafür, daß sie nicht nur zum Arbeiten auf der Welt sind, vollständig abzugehen; dies trifft auch auf die Kollegen in der Waggonfabrik in Wismar zu, wo trotz des erfolgten 25prozentigen Lohnabzuges auf die früheren Akkordpreise, bei der gleichen Arbeitsmethode, noch 7 bis 8 Proz. Mehrerwerb erzielt wird. Organisiert sind diese Kollegen nur zum Teil, und zwar vornehmlich im Girsch-Dunderschen Gewerbeverein. Bei alledem ist von einer wirtschaftlichen Krise, mit Ausnahme von Rostock, wo das Erwerbsleben fast ganz daniederliegt, nichts zu spüren; ist doch in den meisten Zahlstellen noch Nachfrage nach Tischlern. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Arbeit nach größeren Orten immer noch Absatz findet. Die Versammlungen, welche den örtlichen Verhältnissen entsprechend genügend bekanntgemacht waren, waren nur schwach besucht, Unorganisierte waren fast gar nicht erschienen. Ich habe denn auch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß bei der sich immer mehr steigenden Mitverantwortung des einzelnen Verbandskollegen für die Maßnahmen der Organisation eine bessere Pflege des Versammlungslebens für die Durchführung und Erhaltung der Errungenschaften die unerlässliche Vorbedingung ist. Unseren an leitender Stelle stehenden Kollegen fehlt es an der nötigen Anregung, die Versammlungen interessant zu gestalten. Häufig mußte ich hören, daß die Debatten in persönlichen Streitigkeiten und die einseitigen Kollegen sich deshalb in den Schmollwinkel zurückziehen. Hierzu kommt, daß das Konsumvereinswesen mehr als wünschenswert die Zeit und Kraft der für die gewerkschaftliche Tätigkeit in Frage kommenden Arbeiter in Anspruch nimmt. Ich finde es daher auch begreiflich, daß meine Ausführungen über die Vertragspolitik unseres Verbandes und die daraus resultierenden Beschlüsse des Stektiner Verbandstages Debatten nicht hervorriefen. In allen Zahlstellen, wo ich sprach, — es waren

dies: Schönberg, Rarajim, Schwerin, Wismar, Güstrow, Rostock, Deterow, Friedland, Neustrelitz, Strelitz und Fürstenberg — wurde denn auch der Wunsch laut, mehr solcher Versammlungen abzuhalten. Auch ich bin zu der Auffassung gelangt, daß durch solche Versammlungen ein besseres und innigeres Verhältnis zwischen den Kollegen der Großstädte und der kleinen Orte hergestellt wird, welches zur Aufrechterhaltung der Errungenschaften der Kollegen in den Großstädten unbedingt notwendig ist. So habe ich denn auch aus diesen Versammlungen die Ueberzeugung mitnehmen können, daß die in den Versammlungen Anwesenden aus meiner Schilderung der Ausbeutung der Arbeiter, einmal als Produzent und andererseits als Konsument, die Notwendigkeit des engeren Zusammenschlusses nicht nur eingesehen haben, sondern auch die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen werden. Die Zahl der Unorganisierten ist groß und das Verständnis für die Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe nur gering. Alles, was man auf dem Herzen hat, kann man in der Zeitung nicht wiedergeben, deshalb wäre es vielleicht angebracht, am Schlusse derartiger Agitationstouren eine Aussprache zwischen den betreffenden Gauvorständen und den Referenten herbeizuführen.

Jo h s. S t r u b e - Hamburg.

Agitation im Gau Chemnitz.

Für Kollegen Neumann-Hamburg, welcher verhindert war, mußte ich einspringen und in den Orten Scheuditz, Wera, Zeulenroda, Altenburg, Greiz, Eisenberg, Plauen und Triebes-Niederböhmersdorf die arrangierten Agitationsversammlungen abhalten. Als Thema war: „Gewerkschaftliche Streit- und Machtklagen“ für alle Versammlungen vorgegeben. Ich habe die Gelegenheit benützt, unsere Kollegen insbesondere über die Vorgänge der letzten beiden Jahre eingehend zu informieren und denselben an der Hand der Vorgänge unsere Verbandspolitik zu schildern, um alsdann die nötigen Schlüsse zu ziehen. Noch nie habe ich ein so dankbares Auditorium gefunden wie in diesen Versammlungen und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß diese Informations-tour über die Dinge, welche hinter uns liegen, eine erhebliche Klärung der Ansichten bei den Versammlungsbesuchern geschaffen hat, und weiter aber auch in agitatorischer Hinsicht die Kollegen in der Ueberzeugung bestärkte, daß alle Kräfte angestrengt werden müssen, die Organisation vorwärts zu bringen, weil Organisation Brot für Weib und Kind bedeutet. Ueberall habe ich gefunden, daß die Kollegen den letztjährigen Vorgängen volles Verständnis entgegenbringen und die getroffenen Maßnahmen vollinhaltlich billigen. Mit Ausnahme eines einzigen Ortes, wo eine gewisse Gedrücktheit infolge der Krise sich bemerkbar machte, fand ich überall Mut und Entschlossenheit, auf dem beschrittenen Wege fortzuschreiten und jedes Opfer für die Organisation, den Deutschen Holzarbeiterverband, zu bringen. Ueberzeugt haben mich auch diese Versammlungen, daß die allgemeinen Touren auch in der Zukunft notwendig sind. Wohl ist es nicht möglich, in derartigen Versammlungen eine erhebliche Anzahl Mitglieder zu gewinnen. Aus dieser Zeit sind mir heraus — Aber unsere Mitglieder festigen, sie aufzumuntern, ihnen neue Munition für die Kleinagitation aufzuführen, darin besteht der Hauptwert derselben. Wenn die Aufgaben der Versammlungen so aufgefaßt werden, wird der Erfolg nicht ausbleiben; selbst wenn einige verhältnismäßig schwach besucht sind. Die Versammlung in Scheuditz war schlecht besucht. Unsere Mitglieder arbeiten fast alle in einer Möbelfabrik. Eine Anzahl unserer Kollegen sind vor einiger Zeit ausgetreten und haben sich dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen, weil der Beitrag um 5 Pf. pro Woche erhöht wurde. Die Maschinenarbeiter sollen sämtlich und die Tischler zum Teil im Fabrikarbeiterverband sein. In der Holzwarenfabrik Schäfer Söhne, wo vor zwei Jahren ein langwieriger Lohnkampf geführt wurde, sind fast sämtliche Mitglieder verloren gegangen. Die Fabrikleitung will die Lohnaufhöhung nach ihrer Art gehörig aus. Die vorhandenen Kleinmeister beschäftigen fast nur Lehrlinge.

In Wera war die Versammlung von zirka 120 Kollegen besucht. Von über 900 Holzarbeitern sind 486 organisiert. Besonders unter den Harmonikarbeitern ist noch viel Arbeit zu leisten.

Einen vorzüglichen Eindruck hat die Versammlung in Triebes auf mich gemacht. Eine intelligente, wackere Schar hat sich dort zusammen gefunden. 50 Kollegen waren anwesend.

Zeulenroda hat in den letzten Jahren unter Zwangsarbeiten zu leiden gehabt. Erfreulich ist, daß nach langem Hader die Organisation in letzter Zeit besonders erflorte. Von den 200 beschäftigten Kollegen sind 170 organisiert. Rund 100 waren in der Versammlung zugegen. Ich habe das Bewußtsein mit fortgenommen, daß unsere Kollegen das einmütige Wollen heisst, alles daran zu setzen, den Rest noch in den Verband zu bringen, um den Unternehmern geschlossen gegenüber zu stehen. Bei der vorhandenen Intelligenz dürfte dieses nicht allzuschwer sein. In der Debatte, welche sich in ruhiger, kollegialer Form bewegte, wurden eine Reihe Mißstände in den Möbelfabriken kritisiert. Besonders wurden Beschwerden laut über den Betrieb Mah. Die Firma versucht mit allen Mitteln, die Akkordpreise zu drücken, wobei sie durch einige Kollegen, welche unmenlich sind, unterstützt wird. Wie rigoros die Leitung der Fabrik vorgeht, erhellt daraus, daß man einfach die Maschinen stehen läßt, ohne den Kollegen auch nur Mitteilung davon zu machen. Ein Werkmeister der Firma hat einen Kollegen, welcher aufhörte und sein Werkzeug abgeben wollte, die Treppe hinunter gestoßen. Anzeige ist dieserhalb erstattet, doch gibt der Mann an, er habe wollen den Kollegen auf der Treppe festhalten, weil er fürchtete, dieser wolle fortlaufen! — Dabei ist der Kollege selbst zum Doktor gegangen, um seine Werkzeugangelegenheit in Ordnung zu bringen. Der Firma Mah ist zu raten, den Bogen nicht zu straff zu spannen.

Unsere Kollegen in Altenburg hatten sich in Stärke von 120 Mann zusammen gefunden; auch einige weibliche Mitglieder waren anwesend. Altenburg weist eine der besten Zahlstellen in Deutschland auf. Die wenigen „Außenleiter“ sind fast durchweg Leute, die wegen verschiedener Gründe nicht in den Verband aufgenommen werden können.

Greiz hatte ein schlecht besuchte Versammlung aufzuweisen. Man klagte über schlechten Besuch auch der Mitgliederversammlungen. Die schwere Krise in der Textilindustrie übt dort seine Wirkung besonders auch auf das Holzgewerbe aus. Ein Stamm tüchtiger, fleißiger Kollegen ist vorhanden und dürfte es diesen auch gelingen, wieder neues Leben in die Zahlstelle zu bringen. Von 150 beschäftigten Kollegen sind 80 organisiert.

In der Versammlung in Eisenberg waren 110 Personen anwesend. Organisiert sind 227 von 250 Beschäftigten. Die Firma Weibbrodt versucht durch eine andere Arbeitszeit, Lohnföhrungen vorzunehmen. Eine offensichtliche Verletzung des Vertrages riskiert der Herr nicht und versucht es darum auf Umwegen. Unsere Kollegen werden dem bekannnten Herrn die Antwort nicht schuldig bleiben, wenn er von seinem gefährlichen Beginnen nicht abläßt. Der Geist unserer Kollegen ist vorzüglich und die Leitung am richtigen Plage. Die Versammlung verlief sehr anregend.

In Plauen hatten sich zirka 150 Kollegen eingefunden und verlief die Versammlung äußerst anregend. Eine lebhaft Diskussion, in welcher wiederholt zum Ausdruck kam, daß der Verband in allen Stürmen auch auf die Plauener Kollegen rechnen darf und daß man seitens derselben zu jedem Opfer bereit ist, fand statt.

In allen Versammlungen, trotz der schweren Zeiten, welche die Kollegen durchmachen müssen, ernster Wille, den Verband vorwärts zu bringen. Ueberall Siegeszuversicht und das Gelöbniß, fest zusammen zu halten, möge kommen, was wolle! So muß es sein, uns braucht nicht vor der Zukunft zu bängen.

Gustav Becker - Berlin.

Korrespondenzen.

Mütern. Die auswärtigen Kollegen haben bisher wenig Lust empfunden, hier in Arbeit zu treten, wenn sie erfahren, daß die elfstündige Arbeitszeit noch allgemein üblich ist. Nachdem aber die großen Betriebe hauptsächlich organisierte Arbeiter beschäftigen, ist es gelungen, zuerst in der Möbel- und Stuhlfabrik Romberg am 1. Oktober und am 19. Oktober bei der Firma Meber die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Der Stundenlohn wurde so erhöht, daß die Arbeiter in zehn Stunden so viel verdienen, wie vorher in elf. Die Akkordarbeit wurde in der Weise geregelt, daß die einzelnen Teile von den Maschinen besser ausgearbeitet und den Arbeitern an den Platz gebracht werden sowie, daß morgens der Leim verwendungsbereit ist bei Beginn der Arbeit, was seither die Arbeiter selbst besorgen mußten. Auch die Pausen wurden aufgehoben, so daß die Arbeiter morgens eine Stunde später anfangen und abends eine Stunde früher nach Hause kommen. Hier trifft es zu, daß die ersten, welche nicht gefat haben; das sind die auswärtigen wohnenden Arbeiter, welche zu Hause noch Landwirtschaft betreiben und infolge der verkürzten Arbeitszeit gute Gelegenheiten haben, nach Feierabend die Feldarbeiten zu besorgen. Leider haben aber diese Kollegen für die Organisation keine Sympathie und kein Geld. In der Stuhlfabrik von Hoffmann war es noch nicht möglich, die Arbeitszeit zu verkürzen, und gerade hier wäre es am notwendigsten. Dieser Betrieb stellt ständig Patienten für die Krankenkasse, was seinen Grund in der langen Arbeitszeit hat, die durch wochenlange Ueberstunden in den letzten Monaten noch um täglich 2-3 Stunden verlängert wurde. Auch die Arbeitsräume sind ungenügend, eine Ventilation ist unmöglich und außerdem verbreitet der Leimfessel einen Gestank, der den Aufenthalt in dem von Staub angefüllten Raume zur Qual macht. Wir wollen hoffen, daß Herr Hoffmann bald die Mißstände abstellt, andernfalls müßte die Fabrikinspektion eingeladen werden, diesem Betrieb einen Besuch abzustatten und für Remedur zu sorgen.

Breslau. „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“ könnte man sagen, wenn man die gegenwärtigen Zustände in unserer Zahlstelle vergleicht mit der Aufregung der Kollegen in den Monaten Juni und Juli dieses Jahres, als unsere im Jahre 1904 abgeschlossenen Verträge durch Aufkündigung seitens der Arbeitgeber ihr Ende erreichten. — In Breslau ist das Kleinmeisterturn zu Hause; auf zirka 650 Tischlereien, von denen annähernd 300 der Innung und 40 dem Arbeitgeberverbande angeschlossen sind, verteilen sich etwa 2000 in der Tischlerei tätige Kollegen. Ein großer Teil der Kleinmeister produziert mit den primitivsten Einrichtungen. So ist die Möglichkeit gegeben, mit keinem oder recht geringem Betriebskapital eine Tischlerei ins Leben zu rufen, indem man dann am Montag „zuschneidet“ und am Sonntag „liefert“. Bei ungünstiger Konjunktur sind diese Tischlermeister gezwungen, mit ihren Produkten bei den Möbelfabrikanten zu haupfieren. Daß solche Zustände auch das Lohn- und Arbeitsverhältnis der Arbeiter ungünstig beeinflussen, ist erklärlich. Wir hatten somit auch unter den alten Verträgen sehr niedrige Lohnsätze. Ein Minimallohn war nicht anerkannt. Stundenlöhne zwischen 30 und 40 Pf. waren keine Seltenheit. Auch die Krise, welche sich seit einem Jahre fühlbar macht, trug dazu bei, die Lage der Kollegen ungünstiger zu gestalten. Das dürfte auch viel dazu beigetragen haben, daß die Arbeitgeber den Tarif kündigten. Der Zweck der Kündigung sollte sein, wie die Arbeitgeber offen erklärten, den alten Vertrag bis zum 11. Februar 1911 zu verlängern. Unsere Kollegen bestanden jedoch ein derartiges Entgegenkommen nicht. Sie verlangten mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren erfolgte Verteuerung des Lebensunterhaltes ganz energisch eine Bessergestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nach einem vier-tägigen, über mehrere Werkstätten sich erstreckenden Streit kam ein Vertrag mit dem Arbeitgeberverbande und der Tischlerinnung zustande, welcher bis 11. Februar 1911 Gültigkeit hat. Der Vertrag schließt sämtliche in Tischlereibetrieben tätige Kollegen ein und schreibt im wesentlichen folgende Bestimmungen vor: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 53 Stunden mit Ausnahme der Maschinenarbeiter, die noch 57 Stunden arbeiten müssen; eine Lohnerhöhung von 5 Proz. für sämtliche Stundenlöhne und Akkordlöhne ab sofort und ab 1. Januar 1910 desgleichen von 2½ Proz., sowie außerdem Festsetzung eines Mindestlohnes von 40 Pf. pro Stunde. Die Akkordlöhne auf Stapelartikel für Erle- und Eichmöbel werden jedoch erst am 1. Januar 1909 aufgebessert. — Somit steigen die

Kollegen fast sämtlicher Branchen in einem mehrjährigen Vertragsverhältnis, da schon im letzten Jahre die Kollegen einzelner Sektionen, wie Knopfarbeiter, Partettler, Hutformtischler usw., die Löhne vertraglich geregelt haben. Leider wird von einem Teil der Kollegen das Errungene zu wenig beachtet; man vergißt, daß es Pflicht jedes einzelnen ist, für korrekte Durchführung der Bestimmungen Sorge zu tragen. Gerade die allernächste Zeit, in der sich die Krise noch stärker als bisher bemerkbar machen wird, dürfte erhebliche Anforderungen auf diesem Gebiete an jeden einzelnen Kollegen stellen. Vor allem sollte man sich aber bewußt sein, daß die Arbeitgeber genannte Verbesserungen nicht aus purer Gütmütigkeit bewilligt haben, sondern einzig und allein dem Zusammenstehen der Kollegen ist es zu verdanken, daß der Wille der Arbeitgeber gebrochen wurde. Ein jeder Kollege sollte es sich darum zur Pflicht machen, in Zukunft an den Versammlungen teilzunehmen und sich in den Dienst der Organisation zu stellen, zur Werbung neuer Mitglieder, damit wir bei Ablauf dieser Verträge in die Lage gesetzt sind, auf dem Boden derselben weiter zu bauen. — Interessant bei dieser Lohnbewegung ist die Reaktion der Christen, welche in Breslau mit circa 65 Mitgliedern unter Einrechnung der Böttcher und Tapezierer in Frage kommen. Auch sie dürften zwei Vertreter zu den Verhandlungen entsenden, an denen sie als Zuhörer teilnehmen. In Nr. 34 ihres Organs „Der deutsche Holzarbeiter“ drucken sie den mit uns abgeschlossenen Vertrag ab, welchen sie nach einem Bittgang zu den Arbeitgebern mit unterschreiben durften. Dieses Schmücken mit fremden Federn ist ja eine bekannte Taktik der Christen. Wir würden es mit Stillschweigen übergehen, wenn ihnen die vielgerühmte christliche Wahrheitsliebe nicht wiederum einen Streich gespielt hätte. Sie geben bekannt, daß der Mindestlohn 45 Pf. pro Stunde betrage, während vertraglich nur 40 Pf. festgelegt sind. Auch die Behauptung ist falsch, daß der Vertrag von uns in unverständlicher Form angenommen worden sei, nachdem man zwei Tage vorher denselben abgelehnt hätte und in den Streik eingetreten sei. In Wirklichkeit sind durch den Streik von den Arbeitgebern gewünschte Bestimmungen entfernt worden, welche unseren Kollegen zur Schikane und zum Schaden gereichen mußten.

**Freiberg in Sachsen.** Die Holzarbeiterversammlung, in welcher Kollege Meyer aus Düsseldorf über das Thema: „Die Feinde der Arbeiterbewegung in der Krise an der Arbeit“ sprach, war leider nicht den Erwartungen entsprechend besucht. Man hätte nun mindestens annehmen können, daß auch die Freiburger Holzarbeiter einmal gemeinsam in der Versammlung zu dieser wichtigen Frage hätten Stellung genommen, aber da war man bitter enttäuscht, nur eine kleine Anzahl hatte es für nötig gehalten, ihre freien Stunden am Sonntagvormittag der Versammlung zu widmen, obgleich wir hier in Freiberg alle Ursache haben, die Verhältnisse in unserem Beruf aufmerksam zu verfolgen. Denn auch hier bei uns spüren wir die Folgen der Krise ganz gehörig. Hier sind noch Stundenlöhne anzutreffen, welche vor 20 Jahren auch schon bezahlt wurden. Wenn auch die gegenwärtige Zeit nicht geeignet ist, Forderungen zu stellen, so müssen wir uns aber doch rufen, um, wenn die Zeit wieder besser wird, fertig zu sein. Das Ziel wird aber nicht durch Schimpfen und Majonieren und bloßes Zahlen der Beiträge erreicht, sondern da muß ein jeder mithelfen, unsere Organisation nach innen und außen zu stärken. Hierzu gehört in erster Linie ein regelmäßiger Versammlungsbesuch und eine stetige rege Anteilnahme an den Verhandlungsarbeiten.

**Frohburg i. S.** Die Zustände in der Stuhlfabrik von Neumann u. Pfaff sind jetzt derartig, daß wir uns genötigt sehen, dieselben wieder einmal hier zu schildern. Hauptächlich das Auftreten des neuen Meisters zwingt uns dazu. Er scheint seine Aufgabe darin zu finden, fortwährend Lohnreduktionen vorzunehmen. Weigert sich ein Kollege, die Arbeit für den Preis zu machen, so erhält er zur Antwort: Es gibt keinen Grund mehr, wor die Arbeit nicht für den Preis macht, für den habe ich überhaupt keine Arbeit. Diesen Anspruch muß man jetzt täglich hören. Trotzdem sind die Löhne bei intensiver Arbeitsleistung noch lange nicht so hoch, wie sie der Werkführer hinzustellen sucht. Hat ein Kollege einmal durch anhaltendes Schrumpfen einen etwas höheren Lohn verdient, so sagt er einfach: ihr könnt doch auch einmal etwas billiger arbeiten. Was würde derselbe wohl sagen, wenn ihm zugemutet würde, auch einmal eine Woche billiger zu arbeiten? Da er mit seinen Lohnabzügen bis jetzt noch wenig Glück gehabt hat, sucht er dasselbe auf Umwegen zu erreichen. So berechnet er zum Beispiel für die Maschinenarbeit an einem Stuhl, die uns vielfach nicht einmal zum Vortriebe dient, einen so hohen Preis, daß für die Arbeit des Stuhlbauers nur ein kleiner Rest bleibt, für den sie nicht zu machen ist. Da nun die Firma jetzt in auswärtigen Blättern Arbeiter sucht, bitten wir die Kollegen, diesen Vertriebe zu meiden, wo doch die Arbeitsplätze jetzt alle besetzt sind.

**Sterbetafel.**

- Oskar Reinhardt, Tischler, geboren 10. Oktober 1879 zu Niesitz, gestorben 8. Oktober 1908 zu Leipzig.
- Wilhelm Erbrath, geboren 2. April 1876 in Wilsch, Kreis Krefeld, gestorben 7. Oktober 1908 zu Bremen.
- Georg Bickel, Tischler, geboren 21. Dezember 1862, gestorben 10. September 1908 zu St. Johann.
- Felix Schürich, Tischler, geboren 15. Oktober 1882 zu Leipzig, gestorben 8. Oktober 1908 ebenda.
- Fritz Wöhler, Modelltischler, geboren 13. Juli 1876, gestorben 15. September 1908 zu St. Johann.
- Gustav Rube, geboren 22. September 1862 zu Beng, gestorben im September 1908 zu Röhren.
- Friedrich Artur Holzhausen, Gummidrehler, geboren 2. Juni 1889 zu Marxstadt, gestorben 9. Oktober 1908 zu Frankfurt a. M.
- Wilhelm Gante, Tischler, geboren 5. November 1875 zu Herzberg, gestorben 24. September 1908 zu Kleinblau bei Nabenan.
- Paul Günig, Stuhlbauer, geboren 30. Mai 1867 zu Dresden, gestorben 1. Oktober 1908 zu Nabenan.
- Kurt Rißler, Tischler, geboren am 30. November 1888 zu Breslau, gestorben am 22. September 1908 ebenda.

Robert Hapes, Tischler, geboren am 16. Januar 1857 zu Briesen, gestorben am 24. September 1908 zu Breslau.

Paul Hellmund, geboren am 22. Februar 1870 zu Schwedt a. O., gestorben am 12. Oktober 1908 zu Schöneberg.

Reinhold Demmeler, Thermometermacher, geboren am 25. März 1872, gestorben am 31. August 1908 zu Meltenbach.

Günther Schmidt, Holzarbeiter, geboren am 23. Februar 1886 zu Meuselbach, gestorben am 26. September 1908 ebenda.

Hugo Hermann Uhlig, Tischler, geboren am 23. Juni 1883, gestorben am 9. Oktober 1908 zu Neuwied.

Thn. Scheibig, Pianotischler, geb. 7. Januar 1861 zu Heinersgrün, gestorben 14. Oktober 1908 zu Leipzig.

Josef Schölzel, Klavierarbeiter, geboren 28. Mai 1852 zu Zottwitz, gestorben 12. Oktober 1908 zu Dresden.

Hermann Caspari, Tischler, geboren 24. November 1851 zu Großenhain, gestorben 18. Oktober 1908 zu Dresden.

Erwin Grunwald, Polierer, geboren 23. August 1868 zu Dresden, gestorben 15. Oktober 1908 ebenda.

Otto Müller, geb. 23. Mai 1878 zu Wartenburg. Gest. 12. Oktober 1908 zu Coswig.

Karl Hemmann, Tischler, geboren 3. Februar 1859 zu Samdorf bei Jena, gestorben 21. Oktober 1908 zu Leipzig.

Oskar Winkler, Tischler, geboren 13. September 1881 zu Liegnitz, gestorben 27. September 1908 in Liegnitz.

**Unsere Lohnbewegung.**

In Stolp war es bei der Firma Mackley zu Differenzen gekommen, weil von der Geschäftsleitung versucht wurde, Abzüge von den tariflich festgelegten Akkordpreisen vorzunehmen. So wurde für Türfutter, die im Tarif mit 3,50 Mark bezeichnet sind, 250 Mk. geboten. Große Hausüren, die früher mit 40 Mk. bezahlt wurden, sollten für 30 Mk. gemacht werden, und ähnlich waren die Abzüge bei anderen Arbeiten. Als die Kollegen am 14. Oktober vorstellig wurden, ließ sich der Fabrikant auf nichts ein und stellte der Kommission die Papiere zur Verfügung. Die übrigen Kollegen erklärten sich aber mit den Entlassenen solidarisch und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Das hatte der Unternehmer nicht erwartet. Als am 17. Oktober der Gewerkschafter zur Verhandlung erschien, zeigte er sich nachgiebig, so daß eine Verständigung erzielt wurde, der zufolge die Kollegen am 19. Oktober die Arbeit wieder aufnahmen.

**Ausland.**

In Wien ist der Stand der Aussperrung der Wagner unterändert. Verschiedenen Meistern ist die Situation sehr unangenehm und sie würden ihre Betriebe gern öffnen, vorläufig ist aber der Einfluß der Scharfmacher noch so stark, daß kein Unternehmer es wagt, abzufallen. Die ausgesperrten Kollegen sehen der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen. Der Zug ist nach wie vor fernzuhalten.

In Triest stehen die Modelltischler in einer Lohnbewegung und die dortigen Werke bemühen sich, nicht ohne Erfolg, Arbeitswillige aus Deutschland heranzuziehen. Es wird gebeten, den Zug von Modelltischlern fernzuhalten.

In St. Loup sur Semouse in den französischen Vogesen befinden sich etwa 350 Möbelarbeiter im Streik. Hierzu wird uns von dort geschrieben: St. Loup ist einer der bedeutendsten Orte für die Möbelindustrie in Frankreich, die dort auch gleichzeitig die beste Arbeiterorganisation aufweist. Schon mehrmals hat St. Loup einen unangenehmen Lohnabgang von sich reden gemacht; der letzte Streik vor zehn Jahren dauerte 4 Monate und endete mit einem Siege der Arbeiter. Seit dieser Zeit hat die Direktion der vereinigten Möbelfabriken, welche den größten Teil der Möbelindustrie in St. Loup ausmachen, nichts unversucht gelassen, um die Organisation zu zerstören. Die Arbeiter haben es aber immer verstanden, gegen die Umtriebe der Direktion Front zu machen. Vor ungefähr 18 Monaten, nach der Bilanz von 1906, beklagten sich die Aktionäre, daß sie nicht genug Dividenden erhielten. Die Direktion, welche befürchtete, daß die Aktionäre ihr Geld zurückziehen könnten, ging an das Syndikat heran und versuchte, auf gutem Wege eine „geringe“ Erhöhung der Löhne zu erlangen. Das Syndikat antwortete auf dieses Ansinnen, indem es der Direktion erklärte, daß nicht die Löhne Schuld an der mißlichen Lage der Gesellschaft seien, sondern die Mißwirtschaft der Direktion und verlangte, daß, um einen Anfang zu machen, alle überflüssigen Beamten entlassen werden sollten. Darauf ging natürlich die Direktion nicht ein, denn die von dem Syndikat bezeichneten Schmarotzer sind die Söhne oder sonstige Verwandte und Bekannte der Aktionäre, und solchen Günstlingen darf nicht zu nahe getreten werden. Die Direktion versuchte nun, auf andere Weise zum Ziele zu gelangen. Sie benutzte die Krise, unter welcher die Möbelindustrie in Frankreich schon seit Jahren leidet, um den Zwist in die Reihen der Arbeiter zu tragen, indem sie einen Teil der Arbeiter ausheben ließ, während ein anderer Teil durch regelmäßige Arbeit beschäftigt wurde. Eine ganze Anzahl Arbeiter mußten infolgedessen St. Loup verlassen. Vor einigen Tagen entließ die Direktion plötzlich 6 Bildhauer und einen Kehler, darunter den Sekretär des Syndikats, Jehnah. Die Arbeiter verstanden wohl, daß diese Entlassungen ein Schlag gegen das Syndikat war, den es abzuwehren galt. Sie beschloßen deshalb mit 140 gegen 23 Stimmen, falls die Entlassungen nicht rückgängig gemacht würden, am 19. Oktober die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Der Streik ist mittlerweile zur Katastrophe geworden. Circa 350 Arbeiter sind davon betroffen, die Fabriken sind geschlossen. Dieser Kampf ist eine Kraftprobe, denn es handelt sich um die Existenz des Syndikats. Wir richten deshalb an die Möbelarbeiter aller Länder die dringende Bitte, auf keinen Fall auf Angebote aus St. Loup einzugehen.

**Aus der Holzindustrie.**

**Wer darf Rinderwiegen bauen?**

Das Ideal unserer Zünftler ist die Einführung des Befähigungsnachweises; nur derjenige soll berechtigt sein, ein Gewerbe auszuüben, der vor einer Prüfungskommission den Beweis für sein Können erbracht hat. Mit dem Befähigungsnachweis hofft man dem Handwerk seinen verlorenen goldenen Boden wiedergewinnen zu können, aber das ist eine vergebliche Hoffnung. Wir haben schon des öfteren dargelegt, daß an dem Niedergang des Handwerks ganz andere Ursachen die Schuld tragen als die Gewerbefreiheit, und daß die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises keinen anderen Erfolg hätte, als daß sich den Handwerkern eine neue Quelle für Schikanen eröffnen würde. Die Erfahrungen, die mit dem Befähigungsnachweis in Oesterreich gemacht wurden, sind gerade nicht sehr verlockend; der berühmte Streit um das Recht der Anfertigung leiberner Hosen hat wohl viel Heiterkeit erregt, aber bei keinem vernünftigen Menschen den Wunsch rege gemacht, die Voraussetzung für solche interessante Rechtsfälle auch bei uns zu schaffen.

In Oesterreich sterben derartige lächerliche Kämpfe zwischen den Innungen nicht aus. Erst neuerlich haben die Tischler in Wien einen erbitterten Kampf gegen die Drechsler geführt über die welterschütternde Frage, ob die Drechsler noch fürder berechtigt sein sollen, Rinderwiegen herzustellen. Nun ist dieser Streit durch ein salomonisches Urteil der zuständigen Behörde geschlichtet worden. Dem Wiener „Fachblatt der Drechsler“ entnehmen wir über den interessanten Fall folgenden Bericht:

„Ueber die Frage des magistratischen Bezirksamtes für den 16. Bezirk, betreffend die Berechtigung der Drechsler zur Erzeugung hölzerner Rinderwiegen, bemerkte die Handelskammer gemäß einem Bericht des Herrn Handelskammerrats Blach nachstehendes:

Die im Gegenstand einbernommene Genossenschaft der Drechsler teilt mit, daß derartige Wiegen von jeher von den Schreib- und Galanteriewaren erzeugenden Drechslern verfertigt werden, von denen sich mehrere sogar auf die Erzeugung hölzerner Rinderwiegen allein beschränken. Die Genossenschaft hält ihre Mitglieder zur Erzeugung des genannten Artikels für berechtigt und fügt zur Begründung noch bei, daß die Rinderwiegen einen gedrehten Griff besitzen, der in die Wiege mit einem angebrachten Zapfen eingepaßt oder mit einem Gewinde eingeschraubt wird.

Die Genossenschaft der Tischler in Wien glaubt, daß die Erzeugung von Rinderwiegen in den ausschließlichen Berechtigungsumfang der Tischler falle, weil nicht der Knopf der Rinderwiege, sondern letztere selbst den Hauptbestandteil des Produktes bilde und der Drechsler überhaupt nicht berechtigt sei, Arbeiten zu verfertigen, zu denen er einen Hobel verwenden muß.

Die Kammer selbst hat folgendes erwidert: Die Herstellung des Knopfes und das Eindrehen beziehungsweise Einpassen desselben in die Wiege ist zweifellos Drechslerarbeit, die Herstellung der Wiege selbst ist Tischlerarbeit. Eine Trennung dieser beiden Arbeiten ist bei der geringfügigkeit des Artikels wohl nicht angängig. Auch läßt sich nicht entscheiden, ob die Arbeit des Tischlers oder Drechslers bei der Erzeugung des genannten Artikels vorwiegt, wenn gleich der Drechslerarbeit ein gewisser Vorrang einzuräumen wäre, da der Tischler den Knopf der Wiege mit seinem Becken ausformen kann. Demnach glaubt die Kammer, daß die Berechtigung zur Erzeugung hölzerner Rinderwiegen sowohl dem Drechsler als auch dem Tischler zugesprochen werden muß. Ueberdies sei bemerkt, daß dieser Frage kaum eine besondere Wichtigkeit zukommen dürfte, da die hölzerne Rinderwiege in ihrer typischen Form immer mehr verdrängt wird und namentlich vielfach aus anderem Material gearbeiteten Artikeln weichen muß.

Aus dem Bericht kann man deutlich entnehmen, daß über den Gegenstand viel Linte vertrieben wurde, und daß sich gar mancher der ehrbaren Herren in geistige Unkosten gestürzt hat. Wünschlich ist der Schlußsatz der Entscheidung, aus dem hervorgeht, daß sich die Tischler und die Drechsler um des Kaisers Bart gestritten haben. Während die Kampfahne nicht einig werden konnten, wenn von ihnen die Herstellung der fraglichen Wiegen zukommt, kam ein dritter und bemächtigte sich des Produktionszweiges, so daß Tischler und Drechsler das Nachsehen haben.

Ob wohl unsere Schwärmer für den Befähigungsnachweis aus diesem Fall die richtige Nutzenanwendung ziehen werden? Wir zweifeln daran, denn ein in eine verrückte Idee verbrannter Innungskrauter ist unbeelehrbar. Sie werden ihr Schreien nicht eher einstellen, als bis sie sich an dem Befähigungsnachweis die eigenen Finger verbrannt haben.

Wie der christliche Holzarbeiterverband zu Tarifverträgen kommt. In Nr. 28 des christlichen „Holzarbeiter“ wurde berichtet, daß in Brandenburg bei Todtnau im Wiesental die Arbeiter von zwei Büchsenholzfabriken in den Streik getreten wären. Wir haben uns damals schon für die Sache interessiert, konnten aber nach unseren Feststellungen an Ort und Stelle die Wahrnehmung machen, daß der im Bericht enthaltene Sachverhalt sich bergweilert nach Arbeitskräften um nicht im geringsten berechtigt war. Im Gegenteil! Es handelte sich um zwei kleine Geschäfte, die neben Familienangehörigen noch einige Arbeiter beschäftigten, und je nach vorhandenen Aufträgen auch einige Heimarbeiter. Zur Zeit der „glorreichen“

Ingenieurung des „Streiks“ waren aber anscheinend mehr Vorräte als Luftzüge vorhanden. Es fiel den Heimarbeitern nicht schwer, sich den „Streikenden“ anzuschließen, wurde doch Unterstützung in Aussicht gestellt; bei dem klauen Geschäftsgang konnte ohnedies auch nicht mehr verdient werden. Schon nach wenigen Wochen war jedoch von einem Streik in diesem entlegenen Winkel des romantischen Wiesentals nicht mehr viel zu bemerken. In den beiden gesperrten „Fabriken“, die, nebenbei bemerkt, sich kaum von den übrigen Schwarzwälder Bauernhäusern unterscheiden, knirschte Bandsäge oder Kreisäge; für die „Stehengebliebenen“ war bisher gerade noch Arbeit vorhanden. Auf die Frage nach streikenden Würstenholzmachern wurde die Mitteilung: Wacker, der speziell im Wiesental tätige Agitator der Christen, hat sie mitgenommen; über den Feldberg ging die Reise, hoffen wir, besseren Zeiten entgegen. Im christlichen Verbandsorgan finden wir heute noch die Notiz: Zugung fernzuhalten: Brandenberg. S. G. Niefer, Josef Wöhler.

Auf die Dauer muß dies aber selbst die Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes langweilen. Einmal muß doch Schluss gemacht werden, dachte wohl auch der „große Köddach“, zu dessen Aktionsbezirk auch das Wiesental gehört. Er beschloß daher, das so früh begonnene Werk mit einem Tarifvertrag zu krönen. Mit einem anderen Ober-Ober der christlichen Gewerkschaftsbewegung vereint, wurde, mit den reinen „Fabrikanten“ verhandelt, doch umsonst! Das Bedürfnis nach einem Tarif wurde von diesen entschieden in Abrede gestellt. Und wie überzeugend wurden doch die Vorteile eines mit dem christlichen Verbands abgeschlossenen Tarifvertrags begründet. Man war gerade bei der Frühstückspause. Der eine der Herren zog die Uhr und fragte den Meister: „Ja, wie lange frühstücken die Leute denn eigentlich?“ „Nun, gewöhnlich 1/2 Stunde“, erwiderte dieser, „heute ist es Montag, da geht es manchmal auch länger.“ „Na, das ist aber eine dumme Meil! Eine Viertelstunde, höchstens zwanzig Minuten wäre genügend“, plakten die Tarifmacher heraus. „Sehen Sie, das liebe ich alle s regeln in einem Tarif; es könnten auch Strafen für Zuspätkommen, Blaumachen usw. festgesetzt werden!“ Doch der biedere Meister wehrte ab: „Ich will aus meiner Werkstatt kein Zucht-haus machen.“ Es war also diesmal nichts!

Wäre es gegliückt, wähl Erfolg! Der christliche Verband hätte einen Tarif mehr, um zu veranmerken. Hier ist ein typisches Beispiel, wie solche Tarife zustande kommen. Die traurigsten Verhältnisse werden auf Jahre hinaus festgelegt. Eine Organisation, die auf Einhalten der getroffenen Vereinbarungen sieht, ist meist am Ort nicht vorhanden. In vorliegenden Falle allerdings wäre es am Arbeitgeber gelegen, die in Strafbestimmungen bestehenden Fortschritte einzuhalten.

Geht es schon mit der gewerkschaftlichen Sache Anflug treiben, wenn, wie im vorliegenden Falle, ohne jede Aussicht auf Erfolg, lediglich zu Reklamezwecken ein Streit inszeniert wird, so muß es geradezu als Verbrechen an der Arbeiterbewegung bezeichnet werden, in dieser Weise mit Tarifverträgen zu operieren.

Auch im Wiesental müssen die Holzarbeiter noch zu der Erkenntnis kommen, daß es unbedingt notwendig ist, sich zu organisieren. Hat man erst mit geschulten Gewerkschaftsmitgliedern zu rechnen, wird es auch möglich sein, die überaus traurigen Lohnverhältnisse zu verbessern, aber nicht durch „christliche Tarifverträge“.

Ein weiser Rabe. In Hannover verstarb vor einigen Tagen der Pianofortefabrikant Carl Sacke, einer der wenigen Arbeitgeber, welche nicht nach Schutzverbandesrezept arbeiteten. Die Firma ist eine der bekanntesten Exportfirmen und steht in dem Rufe, nur gute Arbeit zu liefern. Als im Jahre 1894 die hannoverschen Fabrikanten und Holzindustriellen eine gemeinsame Werkstattdruidung einführten, war er es, der die Strafbestimmungen für seine Fabrik ausmerzte. Alle Arbeitsbedingungen für den Betrieb wurden mit der Organisationsleitung vereinbart. Vor zwei Jahren wurde der Aktstundentag eingeführt und ohne Antrag der 1. Mai als Feiertag freigegeben. Die Vorwürfe der Scharfmacher, welche er sich hierdurch zuzog, ertrug er lächelnd. Wiederholt sprach er aus, daß das Fabrikat sich bei der kürzeren Arbeitszeit noch verbessert habe und die Betriebskosten sich verringerten. Möchten doch die Arbeitgeber von diesem Manne lernen, von dem alle Arbeiter und auch deren Organisationen nur mit Hochachtung sprechen konnten.

Gothace Waggonfabrik, A.-G. Die Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von 4 913 564 Mark gegen 3 509 599 Mk. im Vorjahre. Der Reingewinn beträgt nach 93 387 Mk. (i. V. 78 006) ordentlichen und 149 198 Mk. (58 751) außerordentlichen Abschreibungen 182 737 Mk. (181 254). Aus ihm sollen 7601 Mk. (7691) der Rücklage zugewiesen und 8443 Mk. (8613) als Gewinnanteil bezahlt werden. Die Stammaktien erhalten 7 1/2 Prozent (wie i. V.) und die Vorzugsaktien 10 Proz. (wie i. V.), 35 441 Mk. (30 699) werden vorgetragen. Nach dem Vermögensansweis betragen bei einem Aktienkapital von 1 500 000 Mk. und einer Anleihschuld von 1 430 500 Mk. (1 481 000) die schwebenden Verbindlichkeiten 1 561 885 Mk. (1 014 257), dagegen die Außenstände 564 965 Mk. (484 586). Die Rohstoffe, halbfertigen und fertigen Waren werden mit 2 584 666 Mk. (2 453 861) bewertet.

Von besonderem Interesse sind folgende Ausführungen im Verwaltungsbericht: „Von Staatsbahnen- und Privatbahnerwerbungen des In- und Auslandes gingen Bestellungen in solchem Umfang ein, daß auch die im Vorjahre ausgeführten Erweiterungen nicht mehr genügten. Der außerordentlich lebhafteste Geschäftsgang wurde leider gegen Ende des Geschäftsjahres durch einen Streik der Holzarbeiter jäh unterbrochen. Immerhin erzielten wir bei nur zehn Monaten vollen Betriebes einen wesentlich erhöhten Umsatz. Gegenüber einem wesentlich erhöhten Auftragsbestand von 4 540 790 Mk. am 1. Juli 1907 lagen am 1. Juli d. J. noch für 3 988 367 Mk. Bestellungen vor, nachdem wir uns, um der Arbeiterbewegung wirksam entgegenzutreten, zur Abgabe einiger größerer Aufträge an andere Waggonfabriken entschlossen hatten.“

## Gewerkschaftliches.

### Schlechte Besoldung von Arbeiterbeamten.

Unter der vorstehenden Ueberschrift schreibt die Frankfurter „Volksstimme“:

Der „Vorwärts“ vom Mittwoch enthält ein Inserat, in dem es heißt: „Für die Führung der Geschäfte des Gewerkschaftskartells Stuttgart wird ein Sekretär gesucht. Derselbe muß mit den gewerkschaftlichen Verhältnissen durchaus vertraut, organisatorisch und agitatorisch befähigt sein und genügende Kenntnis der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterrechts besitzen, um in Krankheitsfällen usw. auch bei der Ausunterteilung auf dem Arbeitersekretariat mitwirken zu können. Anfangsgehalt 2 000 Mark, steigend um 100 Mark bis 2500 Mark, dann um 50 Mark bis 3000 Mark pro Jahr. Die in ähnlicher Stelle nachgewiesenen Dienstjahre können eventuell in Anrechnung gebracht werden. Antritt 1. Januar 1909.“ Wir greifen dieses Inserat heraus, nicht weil es einen außergewöhnlichen Fall darstellt, sondern weil es typisch ist. Bei Ausschreibungen dieser Art würde man gar nicht bezweifeln, daß immer wieder sich Bewerber finden, konnte man nicht den Betätigungszweck vieler braver und tüchtiger Genossen, die in idealer Weise ihre ganze Persönlichkeit der Sache widmen. Es ist aber ein Mißbrauch der Opferwilligkeit und des Idealismus, wenn die Arbeiterorganisationen auf Kosten der Beamten sparen. Durch lange Jahre ging es nicht anders; mehr wie er hat, kann kein Mensch geben, auch keine Arbeiterorganisation. Als vor 15 und 20 Jahren die Gewerkschaften dazu übergingen, besoldete Kräfte anzustellen, war dies immerhin trotz minimaler Bezahlung ein Fortschritt. Aber inzwischen sind die Organisationen so erstarrt, ihre Kassenverhältnisse haben sich beizart gebessert, daß endlich eine bessere Besoldung eintreten mußte. Stuttgart beispielsweise hat in seinem Gewerkschaftskartell rund 30 000 organisierte Gewerkschaftler vereint; da müßte es doch möglich sein, sogleich 3000 Mark zu gewähren, um die der Sekretär erst 15 Jahre dienen soll. Man beachte wohl: um einen Anfänger handelt es sich nicht. Für den Posten kann nur jemand in Betracht kommen, der in einem Industriezweig sich als Organisator und Agitator bewährt hat und darüber hinaus gründliche Erfahrungen auf all-gemein-gewerkschaftlichem und sozialem Gebiet erworben hat. Der Mann muß auch befähigt sein, über gewerkschaftliche und soziale Vorgänge druckfertige Zeitungsartikel zu schreiben, er muß mit Behörden zu verkehren wissen usw. Sehr häufig wird er Kommissionsitzungen und Versammlungen besuchen müssen, und wenn er auch ein paar Groschen Gehrgeld bekommt, so muß er doch in der teureren Stadt mit ihren hohen Mietpreisen wohnen. In der Kleidung soll er auch proper erscheinen, und seine Kinder dürfen selbstverständlich nicht der Armenpflege (und sei es auch nur durch Zuwendung von Schulbüchern) anheimfallen. In Anbetracht aller Umstände ist die in Aussicht gestellte Besoldung e l e n d. Dem Mann geht unter Umständen viel Geld durch die Hände; stimmt dann etwas nicht, ist das Malheur da. Wir fordern vom Staat, er solle seine Volksschullehrer anständig besolden; da müssen die Arbeiterorganisationen aber auch selbst ein gutes Beispiel geben. Mag doch der Reichslöhnerverband über „Mäßen mit Arbeitergroßen“ lästern, das darf die Arbeiterorganisationen nicht hindern an Erfüllung ihrer sozialen Pflicht!

Wenn wir auch diesen Ausführungen nicht in allen Punkten durchaus beitreten können, so enthalten sie doch manches Beachtenswerte. Im vorliegenden Fall muß hervorgehoben werden, daß die festgesetzte Gehaltskala der Anregung entspricht, welche der Gewerkschaftskongress in Stuttgart im Jahre 1902 in bezug auf die Entschädigung der Gewerkschaftsbeamten gegeben hat, und das Stuttgarter Gewerkschaftskartell wäre deshalb berechtigt, die Kritik unter Hinweis auf den Beschluß des Gewerkschaftskongresses zurückzuweisen, zumal der Bewerber auf der höheren Qualifikation, die von dem anzustellenden Sekretär verlangt wird, dadurch gerecht zu werden sucht, daß er verspricht, die in ähnlicher Stellung nachgewiesenen Dienstjahre eventuell in Anrechnung zu bringen.

Aber trotzdem anzuerkennen ist, daß das Stuttgarter Gewerkschaftskartell formell einwandfrei gehandelt hat, ist die Kritik des Frankfurter Parteiblattes nicht ganz unbegründet. In ihr kommt das Gefühl zum Ausdruck, daß die Arbeiterorganisationen bei der Festsetzung der Gehälter ihrer Angestellten der seit dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress eingetretenen Verteuerung des Lebensunterhalts nicht genügend Rechnung getragen haben. An Korporationen, die nur mit knapper Not die Besoldung des durchaus notwendigen Angestellten erzwingen können, wird man selbstverständlich die höchsten Anforderungen in bezug auf Gehaltszahlung nicht stellen können, aber es gibt noch Gewerkschaften, einzelne Zahlstellen, Kartelle usw., die finanziell durchaus gut gestellt sind, aber doch meinen, an den Gehältern der Angestellten sparen zu müssen. Es sind nicht immer die edelsten Motive, die zur Niedrighaltung der Gehälter führen. Oft genug spielt bei der Abstimmung der Vergleich zwischen den Löhnen der berufstätigen Kollegen mit dem für den Arbeiterbeamten verlangten Gehalt eine große Rolle, und nicht selten kommt es vor, daß das Gehalt niedriger bemessen wird als der Lohn ist, den tüchtige Arbeiter im Beruf erzielen. Derartige Vergleiche sind natürlich durchaus verkehrt und am allerwenigsten für eine Organisation passend, welche sich die Erzielung der bestmöglichen Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder zur Aufgabe gemacht hat. Die Arbeiterorganisationen stellen mit Recht die höchsten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit ihrer Angestellten, sie haben aber auch die moralische Pflicht, diese Angestellten so zu besolden, daß sie vor der äußersten Not geschützt sind.

Es ist ein heikles Thema, das hier von der „Volksstimme“ angechnitten wird. Nur zu leicht geben unsere Kollegen jenen Gehör, die ein Interesse daran haben, das Mißtrauen der Arbeiter gegen ihre Angestellten wachzurufen und in der gegenwärtigen Krisenzeit, die für viele Arbeiter Lohnreduktionen und Arbeitslosigkeit bringt, wird man sich doppelt schwer zu einer Regulierung der Beamtengehälter entschließen. Nichtsdestoweniger ist es angebracht, auch diesen Gegenstand einer Erörterung zu unterziehen.

**Tabakarbeiterkongress.** Zur Abwehr gegen die geplante höhere Besteuerung des Tabaks beabsichtigt die Zentral-Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands einen allgemeinen Kongress der gesamten Tabakarbeiter Deutschlands und deren Hilfsgewerbe nach Berlin einzuberufen. Der Termin des Kongresses wird später bekannt gegeben.

Der Brauerverband beabsichtigt, ähnlich wie die Tabakarbeiter gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer, eine Protestbewegung gegen eine weitere Erhöhung der Brauersteuer in die Wege zu leiten. Nach einer Bekanntmachung im Verbandsorgan sollen vom 7. November beginnend, in möglichst allen Orten mit Brauerei und Malzfabriken Versammlungen abgehalten werden.

Ein Gewerkschaftsführer, der zugleich Geschäftsführer im Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe ist, ist keine alltägliche Erscheinung. Nach dem „Handlungshelfen-Blatt“ heißt dieser vielseitige Herr S. Stähle und sein Wirkungsgebiet ist Darmstadt. Dort ist er Vertrauensmann des Deutsch-nationalen Handlungshelfenverbandes. Für die gewerkschaftliche Qualität dieser Organisation ist die eigenartige Personalunion charakteristisch.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

### In eigener Sache.

In Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ brachten wir unter der Rubrik „Gewerkschaftliches“ eine Notiz mit der Ueberschrift „Woher stammt die Bezeichnung „gelbe Gewerkschaften?“ In dieser Notiz war unter anderem auch eine kurze Charakteristik der gelben Gewerkschaften in Deutschland gegeben, die natürlich für die Betroffenen keine Schmeicheleien enthielt. Bei den Leistungen der Gelben dürfte das auch wohl von keinem vernünftigen Menschen erwartet worden sein. Durch diese Notiz, die weder einen Namen enthielt, noch eine bestimmte gelbe Organisation näher bezeichnete, fühlte sich ein gewisser Clemens Chatelet, Schlosser, beleidigt, der sich zu den Gründern und Führern des „Arbeitervereins vom Werk Augsburg der Vereinigten Maschinenfabriken Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G.“ rechnet. Von der Existenz dieses Chatelet und seiner Eigenschaft als Vorsitzender des genannten Vereins erhielten wir erst Kenntnis, als uns die Beleidigungsklage zugestellt wurde, die er beim Schöffengericht in Augsburg anhängig gemacht hatte. Aber trotzdem aus unserer Notiz beim besten Willen nicht herausgesehen werden kann, daß mit ihr der Verein mit dem langen Namen oder dessen Vorsitzender gemeint ist, beurteilte doch das Schöffengericht den Kollegen Deinhardt als verantwortlichen Redakteur unserer „Holzarbeiter-Zeitung“ zu einer Geldstrafe von 40 Mk. eventuell acht Tage Haft.

Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt, welche am 26. September vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Augsburg verhandelt wurde. Die in Abwesenheit des Beklagten durchgeführte Verhandlung führte zur Verwerfung der Berufung, es bleibt also bei den 40 Mk. Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung, die uns jetzt zugegangen ist, wird ausgeführt, daß der „Arbeiterverein vom Werk Augsburg“ der Zeit der Gründung nach eine der ersten gelben Gewerkschaften und der Bedeutung nach eine der hervorragendsten in Süddeutschland ist, und daß der Privatkläger Chatelet zu den „Gründern und Führern des sogenannten Vereins“ gehört. Von der Verteidigung wurde geltend gemacht, daß dem Privatkläger die Aktivlegitimation fehle und daß eventuell dem Angeklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches (Schutz berechtigter Interessen) zur Seite stehe. Beide Einwände wurden vom Gericht verworfen. Hier interessieren uns besonders die Ausführungen des Urteils, in welchem darzulegen versucht wird, wieso der Chatelet berechtigt war, sich beleidigt zu fühlen, obwohl in dem unter Anklage stehenden Artikel weder er noch sein Verein genannt war. Wir geben den betreffenden Passus im Wortlaut wieder:

„Die unter Anklage stehende Kundgebung richtet sich gegen eine kollektive Mehrheit von Personen und ist nach Ansicht des Berufungsgerichtes von einer Beschaffenheit, daß in ihr eine Beleidigung sämtlicher Mitglieder und sämtlicher Führer derselben zu finden ist.“

Nach Ueberzeugung des Berufungsgerichtes hat der Angeklagte aber auch die angegebenen Kollektivnamen gewählt, um damit die sämtlichen Personen ohne Ausnahme zu treffen, die unter diesen Kollektivbegriff fallen, und hatte jedenfalls das Bewußtsein, daß durch seine Kundgebung alle diese Mitglieder und alle ihre Führer an der Ehre gekränkt werden. In solchem Falle ist aber jedes einzelne Mitglied, auch wenn auf dasselbe in der Kundgebung nicht speziell Bezug genommen ist, durch die beschriebene Äußerung getroffen, also beleidigt und daher zur Stellung des Strafantrages berechtigt, es müßte denn sein, daß der Angeklagte einzelne bestimmte Personen von seinen Vorwürfen habe ausnehmen wollen, was hier nicht der Fall ist. Die Kundgebung des Angeklagten hat sich objektiv und subjektiv auch auf den obengenannten „Arbeiterverein vom Werk Augsburg“ und damit auf seine sämtlichen Mitglieder und insbesondere den Privatkläger als

Vorsitzenden seines Vorstandes und als „Führer“ einer gelben Gewerkschaft bezogen. Der Privatkläger ist somit vom Angeklagten beleidigt worden und zur Stellung des Straftrages und der Privatklage, die im übrigen in der geforderten Frist und Form und beim zuständigen Gerichte (§ 7 Abs. 2 St.-P.-O. a. F.) angebracht sind, berechtigt. (Vergl. Entsch. d. N.-O. in Straff. Bd. 3, 12 und 246; 7. 178, 9. 2; 18. 168; 31. 185 (188); „Jur. Wochenschrift“, 1907, S. 401, Nr. 16).“

Die Quellen, auf welche das Urteil Bezug nimmt, stehen uns nicht zur Verfügung und es liegt uns auch fern, mit den gelehrten Richtern über juristische Fragen zu streiten, aber vor dem gesunden Menschenverstand kann die Debatte der Augsburger Strafkammer unmöglich bestehen. Es würde zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen, wenn, um beim vorliegenden Beispiel zu bleiben, jedes Mitglied eines gelben Vereins berechtigt sein soll, sich beleidigt zu fühlen, falls in irgend einer Druckschrift die selben im allgemeinen in gebührender Weise charakterisiert werden. Sollte die Auffassung der Augsburger Richter überall Anerkennung finden, dann dürfte sich selbstverständlich der konstruierte Schutz nicht nur auf die selben beschränken, sondern er müßte für jedermann Geltung erhalten. Das könnte für gewisse Scharfmacher und sonstige staatsfeindliche Kreise recht unangenehm werden. Bekanntlich gehört das Ausleeren von Schmutzkübeln auf die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu den beliebtesten Agitationsmethoden gewisser Gegner der Arbeiterbewegung. Wenn dann jedes Mitglied der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei berechtigt sein soll, die Verurteilung des Beleidigers zu verlangen, dann könnten die Gerichte viel Arbeit bekommen. Oder möchte man sich darauf verlassen, daß organisierte Arbeiter nicht wegen jeder Kleinigkeit zum Rabi springen?

Um auch der höchsten Instanz Gelegenheit zu geben, die in Betracht kommenden Fragen einer Nachprüfung zu unterziehen, ist gegen das Urteil Revision beim Königl. Bayerischen Obersten Landesgericht eingelegt worden, dessen Entscheidung abzuwarten bleibt.

### Eingesandt.

Zur Stellmacherbewegung.  
Die Adresse der Zentralkommission der Stellmacher ist vom 1. November dieses Jahres ab: Arthur Siebel, Berlin O. 17, Köpferstraße 14.

### Literarisches.

Der Ursprung des Christentums, eine historische Untersuchung von Karl Rautsky, Verlag von F. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart, XVI und 500 Seiten. Preis broschiert 5, gebunden 5,75 Mk.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: I. Die Persönlichkeit Jesu. 1. Die heidnischen Quellen. 2. Die christlichen Quellen. 3. Der Kampf um das Jesusbild. — II. Die Gesellschaft der römischen Kaiserzeit. 1. Die Sklavenvirtschaft. 2. Staat, Handel und Wucher. 3. Denken und Empfinden der Kaiserzeit. — III. Das Judentum. 1. Israel. 2. Das Judentum seit dem Exil. — IV. Die Anfänge des Christentums. 1. Die urchristliche Gemeinde. 2. Die christliche Messiasidee. 3. Judentum und Heidenchristen. 4. Die Passionsgeschichte Christi. 5. Die Entwicklung der Gemeindeorganisation. 6. Christentum und Sozialdemokratie.

Von den Werken Rautskys dürfte „Der Ursprung des Christentums“ am meisten Aufsehen erregen und bei Freund und Feind ein starkes Interesse hervorrufen. Rautsky macht hier den Versuch, den Ursprung des Christentums materialistisch zu erklären. Rein wissenschaftlich gehalten, ist die Arbeit doch allgemein verständlich geschrieben, die Darstellung anziehend und packend.

### Anzeigen.

**Darmstadt.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Etling, Liebfrauenstraße 37. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-7 Uhr. Umfragen verboten.

**Helmstedt.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich im Lindenhof, Holzberg 27. Umfragen verboten. Anfragen von außerhalb sind an den Kollegen G. Kühne, Heinrichsplatz 1, zu richten.

**Witten.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Wälzmaschinen- und Korbmacher befindet sich Reberstraße 3. Die Kollegen werden ersucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umfragen ist streng verboten. Die Reiseunterstützung wird nur im Nachweiskontext ausbezahlt.

**Rosfor.** Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Begunnenberg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umfragen ist streng verboten.

**Schwerte i. Westf.** Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schwerteer Geschäftshaus, Gr. Moor 61, geöffnet 6 1/2-7 1/2 Uhr abends. Umfragen ist streng verboten.

**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Elmer, Schmalbacherstraße 71 Stb. 1. Umfragen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wallstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

**Seulenroda.** Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei G. Hüfner, Untere Speichergasse 85. Verkehrslokal im Gewerkschaftshaus.

**Ewald Nebe,** Drechsler aus Zeitz, Buchn. 56892, wird dringend ersucht, seiner Frau sofort Nachricht zu geben. Kollegen, die von ihm etwas wissen, werden gebeten, Mitteilung zu machen an den Bevollmächtigten Aug. Gerhardt, Zeitz, Bismarckstr. 14. Nebe soll angeblich nach Schweden gereist sein.

**Max Hübner,** Tischler, geb. zu Pöthenhals, D.-Schl., wird gesucht. Wer näheres über ihn mitteilen kann, wird darum gebeten. Auslagen werden bezahlt. Josef Hübner, Berlin S., Neanderstr. 28 II. r.

**Hugust Rauchenschwader,** geb. 20. 11. 1890 in Saßburg, wird aufgesucht, seiner Verpflichtung in der Zahlstelle Ravensburg nachzukommen. Mitteilungen über seinen Aufenthalt bitten wir zu richten an den Bevollmächtigten Joh. Kraus, Ravensburg, Zeughausstr. 4.

**Ernst Karl Rich. Dettrich,** Tischler, geb. 1. 11. 76 in Radeburg, Buchnummer 428 676, wird aufgesucht, seiner Verpflichtung in der Zahlstelle Burgstädt nachzukommen. Mitteilungen über seinen Aufenthalt bitten wir zu richten an Max Weber, Burgstädt, Sachsen, Silberstraße 60.

**Ernst Lutzer,** geb. 20. 12. 1869 Buchn. 0822, wird aufgesucht, seiner Verpflichtung in der Zahlstelle Donaueschingen nachzukommen. Mitteilungen über seinen Aufenthalt bitten wir zu richten an W. Marzkeiner, „Gasthaus zur Traube“, Donaueschingen.

**Karl Brelle,** Möbel Tischler, Buchn. 347925, sende deine Adresse an deinen Vater. Auch Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden um seine Adresse gebeten. Gustav Brelle, Zimmermann, Weimburg, Kurmweg 5.

### Tischler als Reisender

gesucht für Spezial-Werkzeuge und dergl. gegen Provision event. auch Tageslohn. Verdienst 10-15 Mk. täglich. Offerten mit Photographie, falls letztere zurückgewünscht wird, Retourkarte, unter Nr. 6871 an die Expedition dieser Zeitung.

Jüngerer solider strebsamer Tischler, der mit Maschinen umgehen und etwas zeichnen kann, findet sofort dauernde Arbeit.

**Möbel-Fabrik, Crivitz, Mecklenb.**

Polierer und Beizer, tüchtiger erfahrener Arbeiter, findet bei gutem Lohn dauernden Platz.

**L. Assmann & Sohn, Forstheim.**

2 Möbelpolierer finden dauernde Beschäftigung.

**Wiesener Dampftischlerei, Vogel & Paul, Wiesenburg i. d. Mark.**

Ein tüchtiger Drechsler sowie ein Polierer auf Gardinen-Rosetten eingerichtet, werden sofort bei hohem Lohn angenommen.

**Oskar Bauer, Holzwarenfabrik, Bischofswerda.**

**Tüchtige Polierer** suchen bei hohem Lohn und dauernder Stellung

**Bauer & Co., Stodfabrik, Hattersheim bei Frankfurt a. M.**

## Fachblatt für Holzarbeiter

Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband

Preis pro Quartal 1,- Mark. Zu beziehen durch die Ortsverwaltungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, durch alle Postanstalten, oder direkt vom Verlag.

Der Jahrgang 1907 liegt jetzt vollständig vor und kann von dem unterzeichneten Verlag gegen Voreinsendung von 5,- Mark für das in geschmackvollem Originalband gebundene, resp. 4,- Mark für das ungebundene Exemplar bezogen werden.

Er enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten Innenarchitekten, wie Richard Niemerschmid, Bruno Paul, Henry Van de Velde, Baillie Scott u. a. Ferner gute technische Beiträge der ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so Josef Aug. Lutz, Hermann Muthesius, Franz Sammler u. a., und hervorragende fachtechnische Artikel, so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbeschullehrers D. Winkelmüller folgende Arbeiten: Säuren, Tore und Windfänge (mit 109 Abbildungen), Holzdecken (mit 26 Abbildungen), Fußböden (mit 28 Abbildungen), Wandtäfelungen (mit 30 Abbildungen).

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen

Der Verlag des Fachblatt für Holzarbeiter  
Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Tüchtigen Polierer bei hohem Lohn sucht **G. Adolph Richter,** Stockfabrik, Magdeburg.

Guter Polierer auf Naturstoffe findet lohnende und dauernde Beschäftigung. **Eduard J. Trinks, Limbach, Sachsen.**

**Einige tüchtige Schleifer** finden sofort dauernde Beschäftigung auf feinstem Haarschmuck in Zelluloid u. Schildpatt. **Erwin Oscar Schmidt, Kammfabrik, Weinheim, Baden, Birkenauer Tal.**

2 jüngere Korbmacher auf Matt und Geflochtenen sofort für dauernd gesucht. **Karl Kroschke, Sitau, Bubenzerstr. 70.**

2 Korbmacher auf grün Geflochtenen und Mattarbeit für dauernd gesucht. **G. Pätzold, Streibelsdorf bei Freystadt, Schlesien.**

5 Korbmachergehilfen auf grüne Mattarbeit sofort **Helene Paul, Altbaum.**

Korbmacher-Werkzeug unter Garantie. Liste gratis. **L. Fogelberg, Heinsberg 9, Rhein.**

Zwei tüchtige Gestellarbeiter stellt sofort ein **J. Walterscheid, Wittenberge, Bez. Potsdam, Wahrenbergerstr. 86.**

## Freihandbohrer auf Holzware

zum sofortigen Eintritt gesucht. Hoher Lohn.

Nur erste Kräfte wollen sich melden.

### Chastener & Cie.

Frankfurt a. M.

Für meine Feinbürsten-Abteilung suche ich möglichst für sofort eine tüchtige Arbeiterin, die auch im Beschneiden der Bürsten bewandert ist, in dauernder Stellung. **Albert Kramer Nachf., Bürstenfabrik, Erfurt.**

Geliebte Staffaba-Mischer finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei **Cahn & Rheinauer, Mannheim.**

Ungehender Bürstenmacher-Gehilfe sofort gesucht. **Gebr. Schüller, Bürstenfabrik, Siren, Rheinl.**

Verbandsgruss

für Männergesangsvereine komponiert von G. Niemi. Auf den Verbandstagen in Leipzig, Köln, Stuttgart mit Erfolg vorgetragen. Den Kollegen empfohlen! Partitur 1 Mk., Stimme 20 Pf. durch die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung zu beziehen.

## Paul Horn, Polier- u. Lackfabrik Hamburg 23

### zwei deutsche Reichspatente

Nach meinem durchgeführten Verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

:: :: eine sofortige Porenfüllung :: ::

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,** erzielt :::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Oelanschwellen, Rissigwerden der Politurdecke, welsse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

**Ich versende zum Versuch** ein Körbchen enthaltend:

- 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
- 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
- 1 " Patent-Politur zum Reinpulieren
- 1 " allerfeinsten Polier-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
- 1 " allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
- 1 " Schellack- und Polieröl, gelblich
- 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
- 1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
- 1 " Bismut-Polierpulver, helmbraun
- 1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
- 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

**Ich übernehme jede Garantie** für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark**.

über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Belzafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lencsek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbebeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

**Werkstattplauderer.** Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn, statt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlag von Theodor Schwart in Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund

gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblichen Portos ihre Adresse an **Louis Flach, Frankfurt a. M., Grauberggasse 85.** Bitte auszuscheiden, aufheben oder weitergeben.

Eingelegte Furniere

für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. **E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.**

aubsägerei

Kerbschnitzerei :: Holzbrandmalerei

besitzt am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.** Reichhalt. Katalog gratis u. franko. Laubsägeholz vor 1 Mark an.

Viele 1000.

verdanken ihr ausgezeichnetes Wissen und Können, ihre stolze einträgliche Lebensstellung einzig dem Studium der weltbekanntesten Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld. Von der **Bauschreinerschule, Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule, Holzbildhauerschule** liefern wir Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwilligst. **Bonness & Hachfeld, Potsdam-R. 1.**

Größte deutsche Tischler-fachschule Detmold

Neu. Ausbildung. Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfehle: Die Stillehre f. Tischler, mit 100 Abbild. aller Stilarten. Mk. 4. Direktor Reineking, Detmold.

Tischlerwerkzeuge, das Beste,

fabriziert und hält auf Lager h. **Himstedt, Hamburg, Lge. Mühren 86/87.** Preis- u. z. Dienst.

Stomkes Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegeliste, 356 Seiten, geb. Mk. 1.20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Einb. von Mk. 1.40 bei **G. Stomke, Viefefeld.**